

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 4. Juni 1901.

№ 64.

Die Statistik des Tarif-Amtes

über die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in den Jahren 1896 und 1900 ist uns, als Manuskript gedruckt, zugegangen. Durch eine Anfrage beim Tarif-Amte vergewisserten wir uns, daß eine sofortige Besprechung dieser Statistik den Intentionen des Tarif-Amtes entspricht. Zu dieser Anfrage wurden wir veranlaßt, weil zu der gleichen Zeit, als wir die Statistik erhielten, bereits eine Kritik derselben in sozialdemokratischen Blättern erschien.

Zur Aufnahme dieser Statistik wurde das Tarif-Amt bestimmt durch „die gefühlensseitig beantragte Revision und Aufbesserung des deutschen Buchdrucker-tarifses, zu deren Begründung vor allem die Veränderung in den Wohnungs- und Lebensmittelpreisen während des Zeitraumes der Gültigkeitsdauer des Tarifses (1896 bis 1901) geltend gemacht wird“. Um nun die gefühlensseitige Begründung an der Hand einwandfreien Materials nachprüfen zu können, legte das Tarif-Amt Ende Januar d. J. etwa 500 Kommunalverwaltungen einen Fragebogen vor mit der Bitte, Angaben zu machen über den Stand der Wohnungs- und Lebensmittelpreise aus den Jahren 1896 und 1900. Es sollte sich dabei nicht um die Feststellung eines Haushaltungs-Budgets, als vielmehr um die Beantwortung der Frage handeln: „Welchen Veränderungen sind die Wohnungs- und Lebensmittelpreise seit 1896 unterworfen gewesen und wie war ihr Stand Ende 1900?“ Wenn es auch wünschenswert gewesen wäre, die Fragestellung auszudehnen auf die Veränderungen resp. Steigerungen der Holz- und Kohlenpreise, Staats- und Gemeindesteuern, so sind doch die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht zu verkennen, denn eine derart umfangreiche und komplizierte Fragestellung zu beantworten, würden auf das lediglich private Ansuchen hin eine so große Anzahl Kommunalverwaltungen abgelehnt haben, daß schließlich die ganze Statistik ihren Zweck verfehlt haben würde. Man muß vollauf zufrieden sein, daß, wie gefehelt, die Ausfüllung der Fragebogen erreicht ist.

Von den genannten 500 Kommunalverwaltungen haben 388 die gestellten Fragen beantwortet. Diese 388 Orte setzen sich zusammen aus 29 Großstädten mit über 100 000 Einwohnern, aus 24 Städten mit über 50 000 Einwohnern und 166 Städten mit unter 10 000 Einwohnern. Die übrigen 169 Städte haben eine Einwohnerzahl von 10 000 bis 50 000. Mangels ausreichenden Materials haben meist kleinere Orte von einer Ausfüllung der Fragebogen absehen müssen. Daß aber infolge mangelhaften statistischen Materials Städte wie Braunschweig, Potsdam, Geestmünde, Remscheid und Lüdenscheid die gestellten Fragen nicht beantworten konnten, ist für diese Städte nicht gerade schmeichelhaft. Es beweist dies eine bedauerliche Verkennung sehr wesentlicher kommunaler Aufgaben. In abnehmendem Sinne haben geantwortet: Bauen, Bielefeld, Bochum, Glogau, Grabow i. M., Herten, Münster i. W., Nassau, Plauen i. V., Stade und Wittenberg. Diese Stadtbehörden hätten sich

wahrlich nichts vergeben, wenn sie eine Arbeit unterstützt hätten, die ihnen indirekt wieder zu gute kommt. So aber haben sie sich in eine wenig beizuhelfende soziale Beleuchtung gestellt.

Doch dies alles kann uns nicht die Befriedigung rauben, die wir angesichts dieser umfangreichen und beispiellosen Arbeit empfinden. Unseres Wissens bestehen weder amtlich noch privat ähnliche Statistiken und erst den Buchdruckern ist es vorbehalten geblieben, auch auf diesem für die Arbeiter so überaus wichtigen Gebiete bahnbrechend zu wirken. Man verkenne nicht, daß die Statistik des Tarif-Amtes auch den Arbeitern anderer Berufe in gleichem Maße zu gute kommt und auch ihren Lohnforderungen auf Grund dieser amtlichen Ziffern eine wesentliche Unterstützung verleiht. Die so viel angeforderten Tarifinstitutionen haben wiederum den Beweis erbracht für ihr verdienstliches Wirken im Interesse des Gewerbes, denn der zwingenden Logik von Tatsachen, die niemand zu Liebe und niemand zu Leid festgestellt sind, kann man sich schwerlich entziehen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Statistik keine Mängel aufweist, oder daß sie für uns erschöpfend ist, soweit alle die Lebenslage der Gehilfen verschlechternden Preissteigerungen in Betracht kommen. Es wird auch niemand verlangen können, daß diese erstmalig angenommene Statistik sofort ein vollkommenes Bild in den beregten Fragen geben soll. Doch darauf werden wir weiter unten zu sprechen kommen.

Auf dem Fragebogen waren neben der Angabe der Einwohnerzahl 18 Fragen doppelt zu beantworten, d. h. für die Preisverhältnisse im Jahre 1896 und für diejenigen des Jahres 1900. Die Fragen selbst waren folgende: Wie hoch war der jährliche Mietpreis für eine Wohnung von 2 bis 3 Wohnräumen und Zubehör 1. in der Stadt und nächster Umgebung, 2. in der weitem Umgebung bis zu einer Stunde Entfernung? Welcher Preis wurde bezahlt für je 1 Kilo Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Butter, Schweinefett, Weizenmehl, Roggenbrot, Kaffee, Zucker, ferner für je 1 Mandel (15 Stück) Eier, 1 Zentner Kartoffeln, 1 Liter Milch, 1 Liter Lagerbier und zum Schluß wieviel mußte für volle Pension im bürgerlichen Hause jährlich bezahlt werden.

Diese Fragen wurden beantwortet im I. Tarifkreise von 59 Orten, während derselbe Kreis 165 Orte mit tariftreuen Druckereien verzeichnet, im II. Tarifkreise von 30 (113), im III. Tarifkreise von 21 (92), im IV. Tarifkreise von 42 (115), im V. Tarifkreise von 46 (140), im VI. Tarifkreise von 48 (103), im VII. Tarifkreise von 49 (141), im VIII. Tarifkreise von 31 (59), im IX. Tarifkreise von 62 (91) Orten. Im ganzen wurden die Fragebogen in allen neun Tarifkreisen beantwortet von 388 Behörden, während Ende 1900 1021 Orte vorhanden sind, in denen tariftreue Druckereien bestehen. Die Preisverhältnisse von 633 Orten sind also bei der Statistik unberücksichtigt geblieben.

Daß aber trotzdem diese große Zahl von Orten, aus welchen keine Angaben vorliegen, die Bedeutung der Statistik nicht wesentlich beeinflussen, beweist die Tatsache, daß in diesen 633 Orten nur

4209 tariftreue Gehilfen beschäftigt werden und zwar im I. Tarifkreise 871 Gehilfen, im II. 827, im III. 272, im IV. 406, im V. 211, im VI. 443, im VII. 598, im VIII. 393 und im IX. Tarifkreise 188 Gehilfen. Von 33734 Ende Dezember 1900 vorhandenen tariftreuen Gehilfen werden demnach 29525 von der Statistik betroffen und nur 4209 Gehilfen leben in Orten, über deren Preisverhältnisse amtliche Ziffern nicht vorliegen. Wenn man in Betracht zieht, daß die Gehilfen einzelner größerer Städte, wie z. B. Braunschweig mit über 400 Gehilfen, auch ohnedies einwandfreies Material beizubringen in der Lage sind, so bleibt nur ein verschwindender Bruchteil tariftreuer Gehilfen übrig, aus deren Domizil das amtliche Material fehlt. Für uns gewinnt somit die allgemeine Bedeutung der Statistik auch nach der Richtung, daß ein möglichst zuverlässiger Schluß auf die hier in Betracht kommenden Preisverhältnisse fast sämtlicher tariftreuer Gehilfen gezogen werden kann.

Wenden wir uns nun der Statistik selbst zu. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht jeden einzelnen Ort bezüglich der in Frage kommenden Preisveränderungen erwähnen können, sondern uns darauf beschränken müssen, summarisch zu berichten. Sofern die Angaben einzelner Orte mit den Tatsachen nicht in Einklang stehen sollten, denn nirgends laufen mehr Irrtümer unter als bei einer Statistik, wird wohl durch die Vertrauensleute des Verbandes, denen je ein Exemplar der Statistik zugefickt wurde, um eine Korrektur bei den zuständigen Behörden ersucht und dem betr. Gehilfenvertreter davon Mitteilung gemacht werden. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Behauptung der Gehilfen, daß die Wohnungs- und Lebensmittelpreise wesentlich gestiegen sind, auch durch die Statistik nachgewiesen. Namentlich ist die Steigerung der Mietpreise eine sehr wesentliche. In 249 Orten sind für dieselben Wohnungen die Preise gestiegen in 61 Orten um 5 bis 15 Mk., in 100 Orten um 20 bis 30 Mk., in 32 Orten um 34 bis 42 Mk., in 54 Orten um 50 bis 100 Mk. und in je 2 Orten um 100 und 160 Mk. Nur aus 9 Orten wird ein Sinken der Mietpreise um 20 bis 40 Mk. gemeldet. Die Schwierigkeiten bei der Feststellung dieser Preissteigerung sind nicht zu verkennen, auch in der Frage, was den Begriff „in der Stadt und nächster Umgebung“ deckt. Man kann sehr wohl in der Stadt wohnen und doch mehr als eine Stunde Entfernung bis zu seiner Arbeitsstätte haben. Hier hätte unseres Erachtens für die Großstädte eine gesonderte Fragestellung Platz greifen müssen. Auch sind die Preissteigerungen auf diesem Gebiete schon in einer Stadt so verschieden, daß eine allgemeine Beantwortung nicht befriedigen kann, schon um deswillen nicht, weil die Mietsteigerungen fast ausschließlich bei den kleinen Wohnungen erfolgt sind. Daß die Mietsteigerungen ganz exorbitante sind, wird auch dadurch bekräftigt, daß gerade die kleinen und mittleren Städte wesentliche Erhöhungen feststellen, um wie viel mehr trifft dies auf die Großstädte zu, die nur sehr mangelhaft berichteten. Ueber das Steigen und Fallen der Lebensmittelpreise gibt folgende Tabelle Auskunft:

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Sechsfleisch	Spannerfleisch	Butter	Schmalz	Eier	Weggenmehl	Weggenbrot	Weizen	Hafer	Gerste	Haarfein	Milch	Zucker	Orten
Gestiegen in	168	247	242	192	232	155	152	181	107	40	251	222	155	139	21	Orten
Gefallen in	49	16	15	43	24	46	65	16	46	192	15	17	101	4	8	
Geblichen wie 1896 in	169	123	126	144	129	182	165	173	230	145	95	141	129	234	343	
Nicht ermittelt in	2	2	5	9	3	5	6	18	5	11	27	8	3	11	16	

Die vollen Pensionspreise für unversehrte Gehilfen sind in 207 Orten gestiegen und zwar in 92 Orten um 4 bis 50 Mk., in 90 Orten um 50 bis 100 Mk., in 21 Orten um 100 bis 150 Mk. und in je einem Orte um 156, 160, 168 und 180 Mk. pro Jahr. In 127 Orten sind die Preise unverändert geblieben. Aus 54 Orten sind Angaben nicht gemacht worden. Daß diese Steigerung der Pensionspreise hauptsächlich in den kleineren Städten zu verzeichnen ist, bedarf für unsere Kollegen keines besonderen Nachweises, erhärtet aber die Thatsache, daß eine allgemeine Teuerung seit 1896 eingetreten ist.

Leider können wir, wie bereits bemerkt, die Angaben aus den einzelnen Städten nicht kritisch untersuchen, in Sachen der Lebensmittelstatistik ist aber die Frage am Platze, auf welche Weise das Resultat gewonnen wurde. Allem Anscheine nach hat man die Engrospreise der Marktberichte zur Grundlage genommen und daraus den Kilopreis festgestellt. Damit wird aber in Wirklichkeit der tatsächliche Preis nicht gefunden. Es ist eine alte Erfahrung, daß der Arbeiter um so teurer und schlechter einkauft, je mehr er gezwungen ist, kleinere Quantitäten zu kaufen. Wie viele Kollegen mag es wohl geben, die in der Lage sind, 1 Kilo Rind- oder Schweinefleisch auf den Mittagstisch zu bringen? Und wenn dieser 1-Kilopreis noch dazu aus dem 100-Kilopreis willkürlich herausgerechnet ist, kann man ohne Uebertrieb behaupten, daß der in Wirklichkeit zu zahlende Preis die statistischen Feststellungen der Stadtbehörden um ein bedeutendes übertrifft. Zwar sagt eine Note zu den Berliner statistischen Angaben: „Die angegebenen Preise sind von uns selbst dem einschlägigen Materiale der Bibliothek des statistischen Amtes entnommen worden; es handelt sich dabei um die Mittelpreise des Kleinhandels in sämtlichen städtischen Markthallen, nach Monatsdurchschnitten der niedrigsten und höchsten Wochenpreise für die ganze Stadt berechnet.“ Es wird gesagt der Berliner Kollegen sein, das sie betreffende Material richtig zu stellen, denn daß in Berlin ein Kilo Rindfleisch für 1,12 Mk. und das gleiche Quantum Schweinefleisch für 1,20 Mk. zu haben ist, wird selbst den Prinzipalen verwunderlich erscheinen. Das können nur sehr minderwertige Qualitäten sein, und dafür ist jeder Pfennig hinausgeworfenes Geld. Die besseren Fleischsorten, für die man in Berlin wie in Leipzig 1,25 bis 1,40 Mk. für das halbe Kilo zahlt, kennt der Buchdrucker nur vom Hörensagen oder höchstens nur an einem der drei hohen Festtage. An den übrigen 362 Tagen gibt es nur ein sehr fragwürdiges Stückchen Fleisch mit recht viel Knochen. Und für diese Sorte Fleisch zahlt man andererseits in Rauen (8500 Einwohner) und Trebbin (3161 Einwohner) 1,40 Mk. für je 1 Kilo Rindfleisch, wie überhaupt zahlreiche kleine Städte teurere Lebensmittelpreise aufweisen als Berlin. Daß in Trebbin das Kilo Roggenbrot 1 Mk. kosten soll, ist jedenfalls nur ein Druckfehler. Alles in allem genommen, wird man gefühllos gut thun, Fertimer der Statistik richtig zu stellen, denn daß eine feste für uns fest, daß eine absichtlich falsche Angabe gänzlich ausgeschlossen ist.

Was wir kritisch an der Statistik auszusetzen haben, kann aber ihren allgemeinen Wert nicht mindern. Viele Stadtverwaltungen sind vielleicht erst durch die Anregung des Tarif-Amtes auf den Wert der dauernden Fortführung einer solchen Statistik aufmerksam gemacht worden und wie bei allen Dingen des praktischen Lebens wird auch hier die Erfahrung die verbessernde Hand anlegen. Somit kann die uneingeschränkte Anerkennung weder

den betreffenden Behörden noch dem Tarif-Amte versagt werden für die mühevolle Arbeit, welche sie sich mit dieser Statistik unterzogen haben. Derartige Arbeiten und ihre nutzbringende Verwertung sind auch ein Produkt der fünfjährigen Friedensära, die den Erregenschaften eines jeden bisher geführten Streiks mindestens gleichkommt.

Interessant ist das Urteil, das einzelne sozialdemokratische Blätter über die Statistik des Tarif-Amtes fällen. So bezeichnet die Magdeburger Volksstimme diese Statistik als „eine verdienstvolle Arbeit“. Das genannte Blatt sagt dann weiter in seinem die Statistik behandelnden Zeitartikel: „Die Buchdrucker sind auf Grund derselben in der Lage, genau festzustellen, welchen Betrag des wöchentlichen Verdienstes die Verteuerung der Lebenshaltung involviert. Sie können demgemäß ihren Forderungen einen beweiskräftigen Nachdruck verleihen, zumal es sich hier um amtlich ermittelte Zahlen handelt. Wird nach dieser Richtung ein gutes Resultat erzielt, so hat sich die aufgewendete Mühe und Arbeit reichlich gelohnt. Manchem Buchdruckerprinzipal mag es nicht gerade angenehm sein, den Gehilfen die Hand reichen zu müssen, mit ihnen gemeinsam Institutionen zu pflegen und zu fördern, die geschaffen wurden zum Nutzen der Gehilfen. Mit welchen Argumentationen immer auch die Tarifgemeinschaft bekämpft wurde und noch bekämpft wird — wer sich den Blick nicht durch unliebsame Erscheinungen lokaler Natur trüben ließ und vorurteilslos die letzten fünf Jahre der deutschen Buchdrucker Geschichte betrachtet, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß die Wirkungen der Tarifgemeinschaft überaus segensreiche waren.“

Die Münchener Post sagt in ihrer Besprechung der Statistik: „Da das Material von den Gemeindeverwaltungen geliefert und die Mietspreise nach den Steuerlisten, die Preise für die Waren nach den Anschaffungspreisen für städtische Institute, wie Krankenhäuser usw., ermittelt sind, so sind die in der Statistik enthaltenen Angaben durchaus zuverlässig. Das ziemlich umfangreiche Tabellenwerk ist daher eine Fundgrube für den Sozialstatistiker. Es ist hier das rohe Urmaterial mitgeteilt, das vielfacher Bearbeitung fähig ist. Für die Tarifverhandlungen ist es eine gute Unterlage und eine unschätzbare Waffe für die Gehilfen, die eine Lohnerhöhung fordern.“

Die Leipziger Volkszeitung beginnt und schließt ihre Besprechung der Statistik mit einer Verdächtigung. So schreibt sie: „Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker (Arbeitgeber) hat umfassende Erhebungen“ usw. Der Verfasser Pollender weiß ganz genau, daß im Tarif-Amte je zur Hälfte Prinzipale und Gehilfen vertreten sind und daß der Geschäftsführer des Tarif-Amtes ein Gehilfe und Verbandsmitglied ist. Aber Herr Pollender braucht diese elende Verdächtigung, um zum Schlusse sagen zu können: „Verlässlich sind solche Erhebungen allerdings nicht, die zum Zwecke der Lohnknückerie unternommen werden.“ — Welches von den drei sozialdemokratischen Blättern hat nun in seinem Urteile Recht? Und da entrüstet man sich in Parteikreisen, wenn wir schreiben: die Leipziger Volkszeitung betreibt gewerbsmäßig die Verbeugung der Arbeiter! Wenn aber von „Lohnknückerie“ die Rede sein soll, hätte das Organ der Leipziger Sozialdemokraten Grund genug, ihre heutigen Lohnlisten neben jenen vom November vorigen Jahres an die Plakatsäulen heften zu lassen.

SS Berlin. (Allgemeine Maschinenfeger-Versammlung am 19. Mai.) Die Versammlung, die von fast sämtlichen Maschinenfeger Vereinen besucht war, wurde durch den Kollegen Greißel eröffnet und zur Wahl eines Bureaus geschritten. In dasselbe wurden die Kollegen Wieland als Vorsitzender, Müller und Röder als Beisitzer, und Schindhelm als Schriftführer gewählt. Das Referat hatte Kollege Ghristel übernommen. Derselbe führte eingehend ungefähr folgendes aus: Es sei eine bekannte Thatsache, daß die Maschinenfeger im Verhältnis zu ihren Leistungen und den Anstrengungen, welche die Maschine naturgemäß mit sich bringt, viel zu gering entlohnt würden. Es müßte daher der jetzt bestehende Maschinen-Sektarif im wesentlichen verbessert werden. An der Hand des alten Tarifes und eines von der Kommission des Norddeutschen Maschinenfeger-Vereins nach den Beschlüssen der Maschinenfeger-Vereine und -Bereinigungen Deutschlands zusammengestellten Entwurfes erklärte Referent die Nachteile, welche die Maschinenfeger bis jetzt in Kauf nehmen mußten und in welcher Weise dies geändert werden könnte und müßte. Nach etwa einstündigem, beifällig aufgenommenem Referat wurde in die Diskussion eingetreten, welche zeitweise eine sehr erregte Debatte zeitigte, da von einigen Rednern wiederholt versucht wurde, eine gewisse Parteilichkeit in die Versammlung hineinzutragen, was natürlich eine große Entrüstung andererseits hervorrief. An der Debatte beteiligten sich hauptsächlich die Kollegen Alperstedt, Bleicher, Kalme, Menz, Braun, Kauchfuß, Richter und Wachs. — Änderungsanträge wurden folgende gestellt: Bei § 6 als zweiten Absatz hinzuzufügen: „Bei Doppelschicht oder wenn ein Teil der Arbeitszeit in die Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fällt, kommt auf diese Stunden ein Zuschlag von 25 Proz.“ § 10, Absatz a: anstatt „stehend lesbare“, „gedrucktes“ Manuskript zu setzen; Absatz h ist folgendermaßen umzuändern: „Einfügung von nicht im Magazin oder auf dem Korbe vorhandenen Matrizen an der Linotype bis zu drei Matrizen eine Zeile, am Typograph bis zu zwei Matrizen eine Zeile, je weitere drei oder zwei Matrizen eine Zeile mehr. Zeichen und fremdsprachliche Schriftzeichen, die nicht im Magazine vorhanden, sind im gewissen Umfange einzufügen“; Absatz i: „Wortweise Einfügung nicht im Magazine enthaltener Schrift an der Linotype bis fünf Buchstaben eine Zeile, am Typograph bis vier Buchstaben eine Zeile, je weitere fünf oder vier Buchstaben eine Zeile mehr.“ Unter § 11 soll § 11a eingefügt werden: „Das einzuschmelzende Metall ist dem Seher neben der Maschine in Klößen zu übergeben; für das Einschmelzen von Zeilen kommt auf die damit hergestellte Arbeit ein Zuschlag von 10 Proz.“ Auf Cicero- und Mittelregel kommt bei Formaten über vier Kontordancen ein Zuschlag von 5 Proz.“ — Nachdem sich die Versammlung mit den vom Referenten empfohlenen Entwurf des neuen Tarifes nebst den vorstehenden Änderungen vollkommen einverstanden erklärt hatte, wurde folgende, vom Kollegen Eichler eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: Die heute in Liebes Bierhaus, Seydelstraße 30, tagende, von etwa 90 Kollegen aller Systeme besuchte Maschinenfeger-Versammlung erklärt sich nach eingehender Prüfung der einzelnen Paragraphen des alten Tarifes im Zusammenhange mit seinen vom Referenten und anderen Kollegen vorgeschlagenen Änderungen und Zusätzen vollkommen einverstanden und wünscht dringend, daß die Experten bei der in Frage stehenden Tarifberatung mit aller Kraft für diese berechtigten Verbesserungen eintreten und sie zur rechtsträchtigen Gültigkeit bringen zum Wohle der Allgemeinheit. Die vom Referenten und einzelnen Rednern vorgebrachten Verbesserungsvorschläge sind vom Schriftführer zusammenzufassen und zu gegebener Zeit an maßgebender Stelle niederzulegen.

h. Bochum. Die am 19. Mai im Vereinslokale hier selbst abgehaltene diesjährige Bezirksversammlung des Bezirksvereins Bochum war von etwa 55 Kollegen besucht; über die Hälfte derselben hatte es für gut befunden, durch Abwesenheit zu glänzen. Die Tagesordnung, welche sieben Punkte umfaßte, wurde bis auf den Punkt Verschiedenes verhältnismäßig schnell erledigt. Der Vorsitzende Dammeier hieß die Erschienenen herzlich willkommen und gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß die Kollegen Parbach und Schmidt durch Tod aus unfrer Mitte geschieden sind. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung erstattete der Kassierer Bruch den Kassensbericht pro 1. Quartal 1901 und wurde ihm der Dank für die vorzügliche Kassensführung durch Erheben von den Plätzen abgestattet. An den Bericht des Kassierers anschließend wurde die Restantenliste verlesen, woraus zu entnehmen ist, daß eine ganze Anzahl Kollegen mit bedeutenden Resten (bis zu 33) figurieren. (Mehrere sind inzwischen ihren Verpflichtungen nachgekommen.) Der Vorsitzende wies hierbei auf die unhaltbaren Zustände des Wittener Ortsvereins hin, wo z. B. zwei Vorstandmitglieder 33 bzw. 20 Reste hätten, worunter sich als erster der Kassierer befindet, dessen Kassensführung scharf getadelt wurde. Unter den Restanten befinden sich auch Kollegen von Herten, deren Fernbleiben von der Versammlung sowie die Interesslosigkeit an unserem Vereinsleben ebenfalls eine scharfe Rüge erfuhr. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, gegen die Restanten strengstens nach

dem Statut zu verfahren. Bezüglich der Angelegenheit des Wittener Ortskassierers soll baldigst eine Versammlung des dortigen Ortsvereins unter Einziehung des Bezirksvorstandes abgehalten werden, in welcher zu einer gedeßlichen Regelung endgültig Stellung genommen werden soll. Höffentlich kann der Bezirkskassierer bezüglich dieser sowie der Restantenangelegenheit beim nächsten Quartalsberichte erfreulicherer mitteilen. Sodann wurde an Stelle des bisherigen Bezirkschriftführers Kollege Schu als solcher gewählt. Der Anregung des Dortmunder Bezirksvereins, eine gemeinsame Johannisfeier der Bezirke Barmen, Dortmund und Bochum in Wolmarstein zu begehen, wurde seitens der Versammlung zugestimmt; eine diesbezügliche Besprechung der betreffenden Bezirksvorstände findet am 2. Juni in Herbede statt. Näheres wird seitens des Bezirksvorstandes noch bekannt gemacht. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Witten gewählt. Unter Verschwiegenes brachte sodann ein Kollege aus Werne die Mißstände in der dortigen Druckerei Martus & Ko. zur Sprache, allwo auch ein Verbandsmitglied gegen das Statut gehandelt haben soll. Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Angaben an Ort und Stelle durch Rücksprache mit beiden Parteien auf ihre Richtigkeit zu prüfen und demgemäß zu handeln. Ueber eine weitere Angelegenheit betreffs Schließung einer Druckerei kam man zu keinem Beschlusse, da eine hierüber hervorgerufene, ziemlich erregte Geschäftsordnungsdebatte den Vorsitzenden veranlaßte, die Versammlung zu schließen und sein Amt niederzulegen.

Bremen. In unverantwortlicher Weise wird von einigen Kollegen in der Öffentlichkeit der Vorwurf, den Gaudorferposten „verwahrloßt“ zu haben, gegen mich erhoben und geschildert aufrecht zu erhalten gesucht. Die entgegenstehende Erklärung des gesamten Gaudorferverbandes in Nr. 59 des Corr. sollte eigentlich jede Erwiderung für mich überflüssig machen. Da indes im letzten Verbandsbericht ohne weiteres ohne nähere Erläuterung betont wird, die meisten Redner seien der Ansicht gewesen, daß der Vorwurf zutrefte, möge mit einigen Worten dargelegt werden, wie sich diese „meisten Redner“ eine „Verwahrloßung“ des Gaudorferpostens denken. Zunächst sei konstatiert, daß auch in dieser Versammlung die Vorwürfe sich nicht gegen meine Geschäftsführung als Gaudorferposten, sondern gegen meine gleichzeitige Stellung als Redakteur eines Parteiblattes richteten. Nur einzelne Redner wollten den angewandten Ausdruck als nicht unzutreffend bezeichnen. Es lohnt sich in dieser Beziehung eine seltsame Auffassungsgabe kennen zu lernen. Kollege Rosenlehner erklärte, man habe in den letzten Jahren (er meinte das Geschäftsjahr 1899/1901) nicht recht gewußt, wer Gaudorferposten war. Deshalb treffe der Ausdruck zu. Den Begriff „verwahrloßt“ tauscht man also ohne weiteres mit dem Begriffe „verwahrloßt“ aus und ist sich der damit begangenen Ungerechtfertigkeit gar nicht bewußt! Ähnlicher „überzeugender“ und erschlicher Art sind die übrigen Begründungen für die „Verwahrloßung“ des Gaudorferpostens. Dem mir geschenkten Vertrauen der großen Mehrheit der Kollegen, das mir — davon bin ich überzeugt — auch außer dem Amte trotz Manipulationen erhalten bleibt, bin ich diese Erklärung schuldig. Es ist die erste und letzte meinerseits in dieser Sache. H. Rhein.

Breslau. (Berichtigung.) In dem Versammlungsberichte des Vereins Breslauer Buchdruckmaschinenmeister in Nr. 58 des Corr. wird mir der Vorwurf gemacht, daß ich hier eine Maschinenmeisterstelle bekleide, ohne mich nach dem Tarife bezahlen zu lassen. Wie der Einsender dieses Artikels zu dieser fälschlichen Behauptung gekommen ist, möge dahin gestellt bleiben. Ich will nur an dieser Stelle erwähnen, daß ich mich noch nie als Maschinenmeister ausgegeben habe, auch von keiner Seite als solcher proklamiert worden bin. Sollte dies wider Erwarten einmal geschehen, so wird wohl auch die tarifmäßige Bezahlung damit verbunden sein, andernfalls wäre diese Rangenhöhung für mich zwecklos. Augenblicklich bin ich noch Hilfsarbeiter. Die Maschine, welche ich bediene, ist eine Hilfsmaschine, eine sogenannte Zylinderpresse ein Miniatur und ich werde in meinem Arbeitsverhältnisse den Tiegeldruckern zugehört. Das muß der Verein der Breslauer Buchdruckmaschinenmeister auch wissen, denn erstens habe ich schon oft Gelegenheit gehabt, bei Sitzungen, Versammlungen, auch im privaten Verkehr den Herren hiervon Mitteilung zu machen und zweitens habe ich mit einem Vorstandsmitgliede benannten Vereins nicht weniger als 13 Jahre zusammengearbeitet und das dürfte wohl genügen, sich genau über mein Arbeitsverhältnis zu informieren, ehe man solche Verdächtigungen in die Welt schickt. Albert Abend, Hilfsarbeiter, z. B. Vorsitzender der Hilfsstelle Breslau, des Verbandes der Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Halle a. S. Die diesjährige Delegiertenversammlung des Gaudes An der Saale tagte am 12. Mai im Goldenen Hirschen. Nach einem Sängergruße des Gesangvereins Gutenberg eröffnete der Gaudorfer Chemnitz 11 1/2 Uhr mittags die Versammlung. Er wies in seiner Begrüßungsrede auf die bevorstehende Tarifbewegung hin und schloß mit dem Wunsche, daß die heute zu fassenden Beschlüsse dem Verbandsrat zum Segen gereichen möchten. Kollege Hallupp hieß sodann die erschienenen Delegierten im Namen des Halleischen Bezirksvereins herzlich willkommen. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit aller 42 Delegierten. Bezirk Halle: Hallupp, Gabriel, Blume, Käß, Hartmann, Wiesel, Klink, König, Steyer; Bezirk Magdeburg: Herwig, Kühnast, Hessel-

barth, Jobel, Reimert, Betters, Leufchner, Lehmluh-
Magdeburg, Hoyer, Maß-Burg, Schüpe-Genthin, Köhler-
Neuhaldensleben, Weder-Langermünde; Bezirk Dessau:
Müller, Gehe, Senz, Salzmann, Kerschmar-Deffau,
Mehner-Röthen, Koch-Gräfenhainichen, Siegmund, Müller,
Albrecht-Wittenberg, Müller-Deßlich; Bezirk Halber-
stadt: Jach-Halberstadt, Joppe-Nierwiel, Jilm-Walders-
leben, Pappe-Nichersleben, Franz-Bernburg, Klein-Blanten-
burg; Bezirk Zeitz: Klauze-Beitz, Richter-Heißfeldt. Außer-
dem war der gesamte Gaudorferstand und der Gehilfenver-
treter Köpcke anwesend. Das Ansehen der im Be-
richtsjahre verstorbenen Mitglieder Klemm, Rauchauf
und Borholz-Halle, Salewski-Magdeburg, Stofe-
Burg, Landstron-Liebenwerda, Gronau-Wittenberg,
Genz-Zerbst, Schulze-Halberstadt und Pannier-
Weitzenfels wurde durch Erheben von den Sigen geehrt.
— Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten und
das Bureau durch die Kollegen Franz-Bernburg als
zweiter Vorsitzender und Biefeld-Halle als zweiter Schrift-
führer und Führer der Rednerliste ergänzt. Ein Ge-
schäftsordnungsantrag Blume-Halle, die Diäten erst am
Schlusse der Verhandlungen zur Auszahlung gelangen zu
lassen und denjenigen auswärtigen Delegierten, die in-
folge dessen durch schlechte Bahnanschlüsse weitere Geld-
und Arbeitseinbuße haben, die doppelten Diäten zu gewähren,
sah ziemlich einstimmige Annahme. — Von der Ver-
lesung des vorjährigen Protokolls wurde mit
Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung abgesehen. —
Einen recht breiten Raum in den Verhandlungen nahm
der zweite Punkt: Jahresbericht und Rechnungs-
legung pro 1900 ein, der gedruckt vorlag und zu
welchem eine ganze Anzahl Anträge und Wünsche
eingebracht waren. Gaudorfer Chemnitz teilte zunächst
mit, daß der Neubrud des Gaudorferpostens unter Berücksich-
tigung der neugefaßten Beschlüsse sofort nach der Dele-
giertenversammlung erfolgen werde und weiter, daß das
Fehlen des Signums des vereidigten Bänderrevisors auf
ein Mißverständnis zwischen ihm und dem Verwalter
Dhls zurückzuführen sei. Ob in Zukunft die Kasse von
einem Bänderrevisor geprüft werden soll, darüber könne
der heutige Gaudorferposten entscheiden; der Gaudorferposten
der Zwecklosigkeit vollständig überzeugt. Redner kam
nunmehr auf den wichtigsten, unter diesem Titel für den
Saalgau tiefbetrüblichen Punkt, die Verwalterangelegen-
heit, zu sprechen. Er schilderte alle die Vorgänge, die sich
seit der Entdeckung des Defizits bei der Revision am
Sonabend den 22. Dezember v. J. bis heute abgepielt
haben in wahrheitsgetreuer Weise. Auf die Einzelheiten
an dieser Stelle des näheren einzugehen, erübrigt sich, da
diese Materie schon in den einzelnen Orts- und Bezirks-
versammlungen und außerdem im Jahresberichte ein-
gehend behandelt worden ist. Das Defizit ist bis auf 600
Mark gedeckt. Von seiten der Frau des früheren Ver-
walters sei dem Gaudorferposten ein Bittgesuch zugegangen,
ihre die 600 Mk., die als Darlehen gebucht worden sind,
als Entschädigung für Reinigung des Bureaus für die
vergangenen zehn Jahre zu erlassen. Obwohl sich der
Gaudorferposten von vornherein vollständig klar war, daß
ein Rechtsanspruch nicht geltend gemacht werden könne,
habe er trotzdem, im Hinblick auf die hilflose Lage der
Familie, der im Januar v. J. abgehaltenen Bezirksvor-
steherkonferenz dieses Gesuch unterbreitet, welche einstimmig
den Beschluß faßte, dem Gaudorferposten den Antrag vor-
zulegen: Der Gaudorferposten möge beschließen, gegen den Ver-
walter keine weiteren Schritte zu unternehmen und der
Frau desselben das Darlehen von 600 Mk. zu erlassen.
Die Halleische Ortsvereinsversammlung habe mit Rücksicht
auf die in Aussicht gestellte Schadloshaltung und die er-
stittene hohe Strafe von einem Anschlusse des Verwalters
Abstand genommen. Möge sich auch die heutige Dele-
giertenversammlung von diesen Gesichtspunkten leiten lassen
und keinen Ausschlusstantag stellen. Mit den Worten:
Der Verband ist auf Humanität und Solidarität auf-
gebaut, lassen Sie auch in diesem Falle Gnade walten
und üben Sie das schönste Menschenrecht: Verzeihung,
schloß der Gaudorferposten seine vortreffliche Rede. Hierzu
wurde vom Bezirksvereine Magdeburg durch den Kol-
legen Jobel der Antrag gestellt, daß der Halleische Be-
zirksverein das entstandene Defizit von 600 Mk. zu tragen
habe. Er wies in seiner Begründung auf § 23 des
Gauereglements hin und betonte, daß der Halleische Be-
zirksverein infolge seines Kassierers auf Kosten des Gaudes
sehr gut in der Lage sei, das Defizit zu übernehmen.
Die Kollegen Chemnitz, Blume und Hallupp-Halle
wandten sich gegen diese Ausführungen. Verwalter Dhls
sei Mitglied des Halleischen Bezirksvereins und habe des-
halb ebenso gut wie jeder andere Halleische Kollege die Ver-
pflichtung, Aemter für denselben zu übernehmen, ferner
könne Halle ebenfalls 60 Mk. für seinen Bezirkskassierer
beanspruchen wie z. B. Magdeburg. Nachdem sich noch
die Kollegen Hesselbarth-Magdeburg, Pappe-Nichersleben
und Müller und Gehe-Deffau gegen und Kol-
lege Herwig-Magdeburg für den Magdeburger Antrag
ausgesprochen, erfolgte die Annahme des Gaudorferposten-
antrages mit der Aenderung, daß die 600 Mk. nicht für
Reinigung des Bureaus, sondern als Geschenk anzusehen
seien, mit 30 gegen 9 Stimmen. Ein weiterer Antrag
des Gaudorferpostens: Die Ortskassierer und die einzelnen
konditionierenden Mitglieder sind verpflichtet, gleichzeitig
bei der Absendung der Beiträge an den Verwalter dem
Gaudorferposten darüber Mitteilung zugehen zu lassen, wurde
ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Die von
Magdeburg beantragte Aenderung: In § 13, Zeile 5 des
Gauereglements hinter „beantragte“ zu setzen: „ebenso

kann auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder ein Gaudorferposten ausfallen“, wurde nach einer Begründung des Kol-
legen Jobel-Magdeburg abgelehnt. Im weiteren Ver-
laufe führte Kollege Jobel die Uneinigkeit unter den
Röthener Mitgliedern auf das Beschäftigen mit politischen
Fragen in den dortigen Versammlungen zurück, was vom
Kollegen Müller-Deffau entgegnet wurde. Während Kollege Maß-
Halle für eine Verminderung des Jahresberichtes eintrat, pladierte Kollege Pappe-
Nichersleben für das Gegenteil, da man dem Jahres-
berichte einen agitatorischen Wert keineswegs absprechen
könne. Ein Beschluß hierüber wurde nicht herbeigeführt.
Nachdem ein Antrag Dhls-Halle, „den Passenabschluß
nachträglich von einem vereidigten Bänderrevisor prüfen
zu lassen“, abgelehnt und einige Anfragen auf die Kassen-
abrechnung bezüglich vom Verwalter zur Zufriedenheit er-
ledigt, ergab die Abstimmung die Genehmigung des
Jahresberichtes. — Ebenfalls recht umfangreich gestalteten
sich die Debatten über den wichtigsten Punkt der heutigen
Tagesordnung: Die bevorstehende Tarifbewegung.
Der Gehilfenvertreter Köpcke bemerkte in der Einleitung
seines Referates, daß er auf die eventuell zu stellenden
Forderungen und deren Berechtigung heute nicht näher
eingehen, sondern nur auf die Wege hinweisen wolle, die
in Zukunft einzuschlagen sind, um den neuen tariflichen
Bestimmungen den nötigen Eingang zu verschaffen. Wie
bisher, so werde auch diesmal wieder von Gehilfenseite
dem Verbandsrat die Aufgabe zufallen, für die Verall-
gemeinerung des Tarifes Sorge zu tragen. Um dies
erstrebenste Ziel zu erreichen, sei es absolut notwendig,
schon jetzt in allen Dingen — je nach den Verhältnissen —
in eine kräftige Agitation im Sinne der auf dem vorigen
Gautage angenommenen Resolution einzutreten. Redner
ließ bei dieser Gelegenheit die einzelnen „Auch“-Gehilfen-
organisationen Revue passieren, ihr Verhalten in der
Tariffrage und die verwerflich Kampfweise gegen den
Verband gebührend kennzeichnend, ging dann kurz auf
die im VI. Tarifreife bis jetzt eingelaufenen Anträge ein
und bemerkte, daß in richtiger Erkenntnis der schlechten
wirtschaftlichen Verhältnisse ein Antrag auf Verkürzung
der Arbeitszeit nicht gestellt worden sei, sondern daß sich
die Forderungen auf der Basis einer 10- bis 15-pro-
zentigen Erhöhung der Grundpositionen nebst Sozial-
zuschlägen und sonstigen Nebenforderungen bewegten. In
allen Berufen machte sich die wirtschaftliche Krise schon
ganz deutlich bemerkbar. Auch unsere Prinzipale würden
bei der nächsten Tarifrevision versuchen, dieselbe in ihrem
Sinne auszunützen; auch die immer weitere Einführung
der Segmaschine gebe zu Bedenken Anlaß. Sogar der
Vorwärts habe zur Vorsicht bei Lohnkämpfen gemahnt
und Tarifvereinbarungen empfohlen. Dadurch sei die
Irrsinnigkeit „Tarifgemeinschaften führen zur Verumpfung“,
vollständig zerstört. Nachdem Redner den Endtermin zur
Stellung von Anträgen auf den 15. Juni festgesetzt und
die bestimmte Erklärung abgegeben, in der nächsten
Tarif-Ausschuß-Sitzung für eine materielle Besserstellung
der Kollegenchaft mit aller Energie einzutreten, schloß er
mit dem Wunsche an die Delegierten, auch ihrerseits in
diesem Sinne zu wirken, zum Wohle jedes einzelnen,
zum Wohle des Verbandes. Reicher Beifall lohnte den
Redner. An der Diskussion waren beteiligt die Kollegen
Chemnitz, Käß, Hallupp, König-Halle, Franz-
Bernburg, Hesselbarth, Jobel-Magdeburg, Pappe-
Nichersleben und Müller-Deffau, welche sich sämtlich im
Sinne des Referenten aussprachen; nur Kollege Mehner-
Röthen trat für eine Verkürzung der Arbeitszeit ein.
Folgende Resolution wurde hierauf mit großer Mehrheit
angenommen: Die heutige Delegiertenversammlung des
Gaudes An der Saale beauftragt den Gehilfenvertreter,
für eine materielle Besserstellung der Gehilfen nachdrück-
lich einzutreten; gleichzeitig verpflichtet die Versammlung,
eine kräftige Agitation für Tarif und Verband zu ent-
wickeln, damit das Beschlossene möglichst schnell Gemeingut
der Gehilfen wird. — Zu Punkt 4: Anträge zum
Unterstützungsgesetz, hatte die Mitgliedschaft
Zeit folgenden Antrag gestellt: Der Gaudorferposten möge be-
schließen, den Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung von
25 Pf. auf 40 Pf. zu erhöhen, welcher vom Kollegen
Klauze-Beitz kurz begründet wurde. Während die Kol-
legen Chemnitz, Hallupp-Halle, Pappe-Nichersleben
und Müller-Deffau in Anbetracht der bevorstehenden
Tarifbewegung, durch welche der Gaudorferposten auf alle Fälle
ganz bedeutende Mehrausgaben erwachsen würden, sich
gegen die Erhöhung des Zuschusses zur Arbeitslosen-
Unterstützung wandten, traten die Kollegen Kühnast-
und Herwig-Magdeburg warm für den Antrag ein.
Die Abstimmung ergab die Ablehnung desselben mit 21
gegen 15 Stimmen. Ein Antrag Kühnast, den Antrag
Zeit einer Urabstimmung zu überweisen, wurde gleich-
falls abgelehnt. — Zu Punkt 5: Anträge zum Gau-
reglement, lagen vier Anträge von Magdeburg vor.
Die zwei ersteren, vom Bezirksvorstande gestellten, welche
gemeinsam zur Beratung gelangten, hatten folgenden
Wortlaut: a) Der Gaudorferposten möge die einzelnen
Bezirke eine größere Selbständigkeit dadurch zu geben,
daß diese ihre Quartalsabrechnungen als Bezirksabschlüsse
dem Gaudorferposten einreichen. Größere Druckorte, wie
Deffau, Magdeburg und Wittenberg, können ihre Abrech-
nung direkt dem Gaudorferposten übermitteln; b) § 9, Abs. 2,
Zeile 7 von unten, soll lauten: Außerdem übernimmt der
Verwalter usw. . . Zirkulare usw. an die Bezirksvor-
stände. Von „Ferner bis auszufertigen“ ist zu streichen.
Kollege Herwig-Magdeburg führte in seiner Begrün-
dung aus, daß, wenn eine erfolgreiche Agitation entfaltet

werden solle, die leitenden Personen in regem Verkehr mit den Kollegen in den einzelnen Ortschaften stehen müßten. Bei dem jetzigen Zustande sei das leider nicht möglich, da jede Verbindung mit denselben fehle. Verwalter Döls-Galle wandte sich gegen diese Ausführungen, weil dadurch der ganze Verwaltungsapparat gewaltig vertheuert und komplizierter gestaltet würde, was jedenfalls nicht im Interesse des Gau'es liegen könne. Er werde aber in Zukunft den Wünschen dahingehend Rechnung tragen, daß er den Bezirksvorständen die Mitgliederlisten zufülle; auch bezüglich der so späten Ablieferungen der Quartalsabrechnungen solle Abhilfe erfolgen. Nachdem sich noch einige Delegierte gegen diese Anträge ausgesprochen, wurden dieselben abgelehnt. Der nächste, vom Ortsvereine Magdeburg gestellte Antrag c): § 8, Abs. 2 soll lauten: Die Wahl des Vorstehers, Kassierers und Schriftführers erfolgt durch den Gau'tag und zwar, sofern sich kein Widerspruch geltend macht, durch Zuzug, andernfalls durch Stimmzettel. Die übrigen . . . (wie bisher), wurde vom Kollegen Leuschner-Magdeburg ganz richtig damit begründet, daß die große Mehrzahl der Mitglieder im Gau die vom Vororte Vorgesetzlagener wähle ohne sie zu kennen; auch sei die Kostenersparnis ein ganz gewaltiger Grund. Der Antrag gelangte hierauf unter Wegfall der Worte „sofern“ bis „andernfalls“ zur Annahme. Antrag d): § 14, von der zweiten Zeile ab, soll es heißen: Jeder Bezirksverein ist durch seinen Vorsteher und Kassierer, welche beratende und beschließende Stimme besitzen, vertreten, außerdem entsendet jeder Bezirk bis zu 30 Mitgliedern einen Delegierten und dann auf je weitere 30 Mitglieder einen Delegierten mehr, wobei überschüssige 15 usw. In Zeile 7 ist zu setzen statt des Wortes „Absolulte“, „Einfache“. Hierzu führte Kollege Reimert-Magdeburg aus, daß dieser Antrag, soweit der Absatz 1 in Betracht komme, bezwecke, daß leitende Personen bei der Delegiertenwahl nicht übergangen werden können, wie es leider schon vorgekommen sei. Bei Annahme des Absatz 2, der schon auf dem vorigen Goutage gestellt, aber keine Gnade gefunden, würde durch Wegfall der Stichwahlen unnötiger Aufwand an Geld und Zeit vermieden. Nachdem die Kollegen Gehre-Deffau, Franz-Bernburg und Herwig-Magdeburg sich gegen den Absatz 1 erklärt, erfolgte die Ablehnung desselben mit allen gegen zwei Stimmen; Absatz 2 dagegen wurde angenommen. — 6. Festsetzung des Beitrages zur Gau'kasse. Derselbe wurde in der bisherigen Höhe von 15 Pf. pro Woche belassen. 7. Wahl des Vorortes und Wahl des Gauvorstandes resp. Auffstellung von Kandidaten. Als Vorort wurde auf Antrag Müller-Deffau Halle wiedergewählt. Bezüglich der Wahl des Gauvorstehers teilte Kollege Hallupp-Galle mit, daß er im Auftrage der hiesigen Bezirksversammlung handle, wenn er dem Goutage die Kandidatur Chemnitz in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste empfehle. Nachdem verschiedene Delegierte das Eruchen an denselben gerichtet, doch wenigstens noch für dieses Jahr diesen verantwortungsvollen Posten zu übernehmen, erklärte sich Kollege Chemnitz dazu bereit. Bestimmung für seine Entschädigung sei die bevorstehende Tarifbewegung und die leidige Verwalterangelegenheit, da andernfalls sein Rücktritt leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Als Verwalter wurde Kollege Döls und als Schriftführer Kollege Otto Hagenbüchner wieder in Vorschlag gebracht. Die definitive Wahl-geschiedt diesmal noch mittels Urabstimmung. Punkt 8: Festsetzung der Remuneration für den Gauvorstand, die Bezirksvorstände und den Gehilfenvertreter fand dadurch seine Erlebigung, daß zunächst das Gehalt des Verwalters von 1500 auf 1650 Mk. erhöht wurde. Ein Antrag auf 1800 Mark fand keine Zustimmung. Die Remuneration für den Gauvorsteher und den Gehilfenvertreter wurden in Anbetracht der bedeutenden Mehrarbeit im kommenden Jahre ebenfalls um 25 Mk. erhöht, dagegen die des Schriftführers und der Bezirksvorstände in der alten Höhe belassen. Ein Antrag Döls, ihm eine Beihilfe zu den Umzugskosten von Deffau nach Halle zu gewähren, wurde vom Antragsteller zurückgezogen. Die Höhe des Pauschquantums für den Gauvorstand zum Zwecke außerordentlicher Unterstützung wurde, wie bisher, auf 500 Mk. festgesetzt. Als Diäten wurden 5 Mk. bewilligt. Der nächste Goutag findet auf Beschluß wieder in Halle statt. Nach einem kurzen Schlusswort des Gauvorstehers, das in einem dreifachen Hoch auf den Verband, den einzigen Schutz und Schirm der Kollegenschaft, gipfelte, wurde die Delegiertenversammlung abends 1/2 Uhr geschlossen.

-ff. Hamburg-Altona. (Versammlung am 21. Mai bei Tütze.) Aus dem regelmäßigen Berichte des ersten Vorsitzenden ist zu erwähnen, daß gegenwärtig 53 Mitglieder krank und 81 Mitglieder (62 Seher und 19 Drucker) arbeitslos sind. Weiter riigte der Vorsitzende das Restantenumwesen. Gegen böswillige Restanten wird jetzt energisch vorgegangen werden; zahlen die Restanten nicht zu dem ihnen vom Vorstande angegebenen Termine, so erfolgt unweiberrüchlich Ausschluss. Ferner wurde bekannt gemacht, daß jeder abreisende Kollege eine Bescheinigung seitens der Bibliothekare beizubringen habe, daß er etwaige der Bibliothek entlehnte Bücher wieder abgeliefert habe; andernfalls wird, laut Statut, dem Abreisenden sein Verbandsbuch nicht ausgestellt. Für die streikenden Weber in Cunevalde wurden 100 Mk. bewilligt. Kollege Behre gab bekannt, daß zu der am 16. Juni stattfindenden Fahrt nach Helgoland per Dampfer „Cobra“ von der Nordsee-Linie noch Karten für die Fahrt bis Cuxhaven zum Preise

von 2,50 Mk. abgegeben werden. Die Kollegen werden gebeten, ihr Möglichstes zu thun, daß die Karten noch an den Mann gebracht werden. Kollege Reinte hat es schmerzlich vermisst, daß der Corr. zum 1. Mai keinen Festsartikler bebracht habe. Kollege Brünnig findet das nach den Anrempelungen der Buchdrucker seitens der übrigen Arbeiterchaft, speziell in Leipzig, erklärlich. Gegen diese Ausführungen wandte sich Kollege Blume. Die Feier des 1. Mai sei eine gewerkschaftliche Feier; die Stellung des Corr. sei deshalb nicht in der Ordnung. Nummehr erlittete Kollege S. Nieger den Bericht der Fünfer-Kommission, die das Material zur Begründung der Forderung: Erhöhung der Grundpositionen um 10 Proz. und des Lokalzuschlages für Hamburg-Altona von 25 auf 33 1/2 Proz., gesammelt hat. Ich kann es mir verlagern, auf das Referat hier näher einzugehen, einestheils, weil dem Kollegen Klapproth das Material zur Begründung der Forderung zugeandt wird, anderntheils, weil sich die Ausführungen des Referenten im wesentlichen decken mit den Ausführungen des Kollegen Seyfried in der Mündlicher Versammlung (Corr. vom 23. Mai). Die Kommission unterbreitete der Versammlung folgende Resolution: Die heute in Tützes Etablissement tagende Versammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona ersucht den Gehilfenvertreter, Herrn G. Klapproth in Hannover, mit aller Energie für folgende Anträge einzutreten: 1. Erhöhung der Grundposition und des Minimums um 10 Proz.; auch für die bisher über Minimum entlohtenen Gehilfen Erhöhung des Gehaltes um 10 Proz. 2. Erhöhung des Lokalzuschlages für Hamburg-Altona auf 33 1/2 Proz. 3. Erhöhung der jetzt geltenden Entschädigungssätze für Ueberstunden um je 10 Pf. sowie Gleichstellung der Entschädigung für Arbeiten an den zweiten Feiertagen der drei Hauptfeste mit den ersten Feiertagen. 4. Gleiche Arbeitsverhältnisse für Seher und Drucker. 5. Einführung einer gleichmäßigen Lehrlingskala für Seher und Drucker, die eine Einschränkung der Lehrlingszahl herbeiführt. 6. Die Spezialanträge der Maschinenmeister. 7. Einfügung eines Sehmachinentarifes in den allgemeinen Tarif, entsprechend dem seitens der Maschinenseher ausgearbeiteten Entwurf. Hinzuziehung von seitens der Maschinenseher gewählten Experten zur Beratung. 8. Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen. 9. Die Kondition und deren Dauer darf von der Zugehörigkeit zu irgend einem Vereine oder einer Klasse nicht abhängig gemacht werden. 10. Dem § 33, Abs. 2 ist folgende Fassung zu geben: Dem Lehrprinzpal ist gestattet, Ausgelernten, welche weniger als 5 Jahre gelernt haben, bis zur Erreichung dieser Zeit ein geringeres Minimum, jedoch nicht unter 18 Mk. pro Woche (ausschl. Lokalzuschlag), zu bezahlen. 11. Aufnahme des § 616 des B. G. B. in den Tarif. 12. Die Dauer des jeweiligen Tarifes darf drei Jahre nicht überschreiten. Kollege Ganewacker begründete nummehr die Anträge des Norddeutschen Maschinenseher-Vereins. (Da bezüglich der Forderungen der Maschinenseher deren Gesamtheit sich schlüssig wird und dann die zu stellenden Anträge zur Tarifrevision beröfentlicht und begründet werden, glauben wir, die sehr umfangreichen Anträge des Norddeutschen Maschinenseher-Vereins vorläufig zurückstellen zu können. D. R.) Die folgenden Anträge der Maschinenmeister begründete Kollege Jahrmart: Zum § 31: Die Ausnahmebestimmungen für Maschinenmeister sind zu streichen. In Städten mit über 100 000 Einwohnern ist die Arbeitszeit eine durchgehende, d. h. eine 8 1/2 stündige. Dem § 32, Abs. 2 ist hinzuzufügen: Der durch einen Maschinenmeister verursachte Geschäftschaden, welcher herbeigeführt ist durch Arbeiten an mehr als an einer Druckmaschine und Bedienen von Antriebsmaschinen, ist kein Grund zur Entlassung. § 34. Werden in einer Woche von einem Gehilfen mehr als 5 Extrastunden verlangt, so tritt für die gesamte Anzahl derselben eine Erhöhung der im Abs. 1 festgesetzten Positionen um 100 Proz. ein. Diese Entschädigung für Extrastunden versteht sich nur für solche, die nach geleisteter neunstündiger Arbeitszeit verlangt werden. Ferner ist noch besonders für Maschinenmeister die Extrastundenarbeit in folgender Form zu regeln: 1. Durch Einführung von Tag- und Nachtschicht. 2. Einführung von Schichtwechsel mit ineinandergreifender Arbeitszeit der einzelnen Schichten. 3. Durch Einstellen von Gehilfen zum Ausschüttmachen, die nach Bedarf als „fliegende“ Maschinenmeister zu verwenden sind. In erster Linie ist Ueberzeitarbeit von der Einstellung der genügenden Anzahl Gehilfen im Verhältnisse zu den vorhandenen Maschinen abhängig zu machen. Neuer Absatz: Falls Ueberzeitarbeit geleistet wird, sind für je 2 Stunden eine viertel Stunde Pause zu gewähren und zwar ohne Abzug des Lohnes. § 26, Abs. 1: Die gegenseitige Aufkündigungsfrist ist eine vierzehntägige, sofern nicht eine kürzere oder gar keine Kündigungsfrist vereinbart worden ist. Längere Kündigungsfristen sind für Gehilfen nicht zulässig. Neuer Absatz: An Seher wie an Druckmaschinen sind nur gelehrte Gehilfen zu beschäftigen. § 38 (Lehrlinge): Es dürfen gehalten werden: Bei 1 Gehilfen kein Lehrling, auf 2 bis 3 Gehilfen 1 Lehrling, 4 bis 8 Gehilfen 2 Lehrlinge, 9 bis 14 Gehilfen 3 Lehrlinge, 15 bis 20 Gehilfen 4 Lehrlinge, 21 bis 26 Gehilfen 5 Lehrlinge, 27 bis 34 Gehilfen 6 Lehrlinge, auf je weitere 12 Gehilfen 1 Lehrling mehr. Vorstehende Bestimmungen gelten für Seher- und Druckerlehrlinge. — Es folgte eine eingehende Diskussion über die Anträge; u. a. bemerkte Kollege Paul Damaste; daß es zu bebauern sei, daß man die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit habe fallen lassen.

Wenn die Aussicht auf Erfolg in dieser Hinsicht auch nur gering sei, so sei es doch unbedingt notwendig, daß den Prinzipalen immer und immer wieder gezeigt werde, daß es uns Ernst mit dieser Forderung sei. Schließlich wurde die Resolution der Kommission und damit die Anträge der Maschinenseher und Maschinenmeister einstimmig angenommen. — Nachdem Kollege B. Dreier den Kartellbericht erstattet, schloß der Vorsitzende die Versammlung. T. Hannover. (Goutagsbericht.) Der 29. Goutag des Gauverbandes Hannover, der am 18. und 19. Mai in Dsnabrück abgehalten wurde, wurde am 18. 5 Uhr nachmittags vom Gauvorsteher Klapproth eröffnet. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 35 Delegierten und zwar aus den Bezirken Braunschweig 8, Göttingen 2, Hannover 1, Hildesheim und Dsnabrück je 3, Lüneburg 2 und vom Lokalvereine Hannover 16. Der Gauvorstand war vollständig vertreten, und zwar außer den als Delegierte Gewählten Schriftführer Teichmann und Revisor Meh. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Hartwig-Dsnabrück und zum zweiten Schriftführer B. Rosenbruch-Hannover gewählt. — Nach einer kurzen Begrüßung von Seiten des Kollegen Hartwig, und nachdem der in der Berichtsperiode verstorbenen Mitglieder ehrend gedacht, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Da der Jahresbericht des Gauvorstehers sowie die Berichte aus den Bezirken einige Tage vor dem Goutage den Delegierten gedruckt zugegangen, konnte von einer Verlesung Abstand genommen und sofort in die Besprechung eingetreten werden, die denn auch verschiedene Anfragen und Aussetzungen gettigte. Der Bericht des Gauvorstehers gab zunächst Aufschluß über seine resp. des Gauvorstandes Thätigkeit auf tariflichem Gebiete betr. der bevorstehenden Tarifrevision, erläuterte die Beschlässe der Gau- und Bezirksvorsteher-Konferenzen in dieser Angelegenheit und gab interessante Daten über die gute Entwicklung des Gau'es sowie des Verbandes unter der Tarifgemeinschaft. Da im Gau Hannover noch 55 Firmen mehr Lehrlinge eingestellt als tarifmäßig zulässig müßte in Zukunft das Augenmerk auf Abstellung dieses Mißstandes gerichtet sein. Der Mitgliederstand war am 1. Januar 1901 1415. Arbeitslos waren im Berichtsjahre 1900 489 Mitglieder 10645 Tage; krank 657 Mitglieder 14344 Tage. An Reise-Unterstützung wurden verausgabt 11979 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 12393 Mk., sonstige Unterstützungen 1185 Mk., Kranken-Unterstützung 20222,90 Mark, Begräbnisgeld 1550 Mk., Invaliden-Unterstützung (B.) 7285,50 Mk. Aus der Zentral-Invalidenkasse sind für Invaliden 5777 Mk., Begräbnisgeld 20 Mk. verausgabt. Der Gauvorsteher sandte bis 1. Mai 1771 Postsendungen ab. Der Gauvorstand hielt im Jahre 1900 26 Sitzungen ab. — Aus den ausführlichen Berichten der Bezirksvorstände ist hervorzuheben, daß überall rege Thätigkeit auf allen Gebieten des Vereinslebens entfaltet wurde. In der Tariffrage traten die Bezirke den Beschlässen der stattgehabten Bezirksvorsteher-Konferenz bei, welche dahin gehen, für eine 10prozentige Erhöhung der Grundpositionen (Berechnen und gewisses Geld) energisch einzutreten, die Stellung von Anträgen betr. Erhöhung des Lokalzuschlages den einzelnen Orten zu überlassen, jedoch die Notwendigkeit hervorheben, daß in allen Bezirksvororten sowie im Druckerorte Melle Lokalzuschläge eingeführt werden. Auch wurde die Abschaffung der Ausnahmebestimmungen, die Regelung der Lehrlingskala usw. bestritten. Ferner ist aus den Berichten mitzutheilen, daß in allen Bezirken die Mitgliederzahl gestiegen und die Sehnachfrage in verschiedenen Orten zur Aufstellung gekommen ist. Besonders ausführlich ist der Bericht des Lokalvereins Hannover, der in übersichtlicher Weise ein klares Bild veranschaulicht über die Thätigkeit der einzelnen Abteilungen im Lokalvereine. — Die Jahresrechnung für 1900 wurde genehmigt und auf Antrag der Revisoren, die Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden, dem Kassierer resp. dem Gauvorstande Entlassung erteilt; ebenso erfolgte die Genehmigung der Jahresrechnung von 1899, da im vorigen Jahre kein Goutag stattfand. Ferner wurde das voriges Jahr an die Invaliden verausgabte Mehr gutgehessen und beschloffen, den Satz von 20 Mk. auch ferner festzuhalten. — Von den vorliegenden Anträgen auf Abänderung der Geschäftsordnung wurde zunächst der Antrag der Mitgliedschaft Uelzen: „Die Goutage stets in Hannover abzuhalten“, nach längerer Debatte und eingehender Begründung abgelehnt, ebenso der Antrag des Lokalvereins Hannover: „Die Mitglieder des Gauvorstandes können als Delegierte nicht gewählt werden, müssen jedoch auf dem Goutage anwesend sein. Der Wahltag wird vom Gauvorstande bestimmt.“ Dieser Antrag wurde besonders von den Delegierten aus den Bezirken stark bekämpft, da sie glauben, durch dessen Annahme von Hannover aus majorisiert zu werden. Abgelehnt wurde auch der Antrag Kanowshy: „Der Gauvorsteher, 1. Verwalter, 1. Schriftführer, ein Revisor haben bei dem Goutage anwesend zu sein und sind als Delegierte nicht wählbar; die übrigen Gauvorstandsmitglieder sind als Delegierte wählbar.“ — Annahme fanden die eine Sache betreffenden Anträge Hildesheim und Dsnabrück: „Wahlen, als Gauvorstand, Goutagsdelegierte und Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes haben durch Urabstimmung in den Druckereien stattzufinden. Wahlen des Bezirks- und Ortsvorstandes können, wenn kein Widerspruch dagegen erfolgt, auch in den Versammlungen vorgenommen werden.“ — Der Antrag des Lokalvereins Hannover: „Den auf Grund des § 2 der Beschlässe des

Verbandsvorstandes zu unterstützenden Mitgliedern kann seitens des Gauvorstandes ebenfalls eine resp. erhöhte Unterstützung gewährt werden. Ueber die Höhe beschließt der Goutag" wurde nach längerer Debatte zurückgezogen und folgender von C. Rosenbruch motivierter Gauvorstandsbeschluss angenommen: "Denjenigen Mitgliedern, welchen nach § 2 der Beschlüsse Unterstützung zusteht, ist auf Antrag der Bezirksvorstände in außerordentlichen Fällen (bei großer Familie oder nicht selbst verschuldeten) ein Extrazuschuß aus der Goutasse zu gewähren. Ueber Höhe und Dauer entscheidet der Gauvorstand." — Ein weiterer Antrag des Lokalvereins Hannover: "Mitgliedern, welche 26 Wochen im Gau gefeuert haben und denen auf Grund der Beschlüsse des Verbandsvorstandes Umzugskosten bewilligt wurden, kann seitens des Gauvorstandes ebenfalls eine Beihilfe gewährt werden, wurde abgelehnt und dafür folgender Antrag C. Rosenbruchs angenommen: "Der § 4 ist als neuer Absatz einzuschließen: Mitgliedern, welchen nach den Beschlüssen die Umzugskosten zustehen, werden aus der Goutasse 10 Mk. Zuschuß zu denselben bewilligt. — Der Antrag des Bezirks Braun-schweig: Der Corr. ist obligatorisch zwei Mitglieder ein Exemplar einzuführen; die Kosten hierfür hat die Goutasse zu tragen. Einzelne konditionierende Mitglieder erhalten bei Einzahlung der Abonnements-Quittung 35 Pf. aus der Goutasse zurückvergütet, fand trotz energischer Fürsprache keine Mehrheit. Die Mehrheit der Delegierten erklärte, keine prinzipiellen Gegner des Antrages zu sein, jedoch die jetzige Zeit für nicht geeignet, der Goutasse solche hohe Lasten aufzubürden. — Daselbe Schicksal teilte der Antrag des Ortsvereins Osnabrück betr. Umlageverfahren bei Sterbefällen von Mitgliedern. Da dieser Antrag selbst von den Osnabrücker Delegierten nicht näher begründet wurde in der ausgesprochenen Meinung, daß der Antrag wohl ein anständiges Begräbnis in seiner Geburtsstadt erhalten würde, so konnte sich die Debatte kurz gestalten und unter großer Teilnahme senkte man denn auch das von Rheinland-Westfalen eingeschleppte Geschöpf, weil nicht lebensfähig, in den historischen Boden von Osnabrück. Fast sämtliche Delegierten verkannten nicht die gute Absicht des Antrages und erwarten, daß im Interesse der Hinterbliebenen mehr gethan werde, wenn nicht auf anderem Wege, dann doch durch Erhöhung des Sterbegeldes je nach den Steuerjahren des Mitgliedes. — Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Festsetzung des Beitrages und Kaufquantums, beantragte C. Rosenbruch, daß in Anbetracht der Verhältnisse dem Gauvorstande die Goutasse zur Verfügung gestellt werde. Der Antrag fand keinen Widerspruch. Der Beitrag wurde in gleicher Höhe belassen. — Unter Punkt 9: Anträge aus der Versammlung, wurde der Wunsch geäußert, daß die Delegierten zur nächsten Generalversammlung dafür eintreten, daß das Sterbegeld erhöht wird. — Eine sehr lebhaftige Debatte zeitigte eine von mehreren Delegierten eingebrachte Resolution, betr. die Stellungnahme des Redakteurs des Corr. der allgemeinen Arbeiterbewegung gegenüber, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß Herr Rezhäuser seine Aeußerungen nicht in Worte kleidet, welche die ganze Arbeiterschaft verletzen, sondern zwischen den Verhältnissen in Leipzig und dem übrigen Deutschland einen Unterschied macht, und besonders die Stellung bedauert wird, welche R. der Maifeier gegenüber eingenommen hat. Von den Antragstellern wurde die Resolution eingehend begründet und ausgeführt, daß der Corr. sich eine andere Sprache angewöhnen müsse, denn die schwulstige Schreibweise könne die Arbeiterschaft schwer verstehen und ließe die Meinung aufkommen, als sei der Correspondent resp. Rezhäuser arbeitserfeindlich, wenn dieses auch wirklich nicht so gemeint sei. Die Bemerkungen müßten weggelassen oder so gefärbt werden, daß der Sinn verstanden werde. Die Stellungnahme der Maifeier gegenüber sei sehr zu verurteilen, hier hätte es beim Allen bleiben müssen, wenn auch seitens des sog. Parteivorstandes in der Leipziger Angelegenheit grobe Schnitzer gemacht seien. Der 1. Mai sei das Ideal der Arbeiterbevölkerung und dieses hätte man nicht ignorieren dürfen. Man hege durchaus kein Mißtrauen, aber eine Wandlung in den jetzigen Verhältnissen müsse eintreten. Von anderer Seite wurde die Resolution ebenso scharf bekämpft und betont, daß wir Buchdrucker nach den Vorgängen in Leipzig durchaus keinen Grund hätten, Rezhäuser wegen der ihm aufgezwungenen Stellungnahme ein Mißtrauens-votum auszusprechen, denn daß sich R. den vielen Angriffen gegenüber wehrt und unsre Organisation verteidigt, sei sein gutes Recht und seine Pflicht und finde auch Anerkennung da, wo man weiß, was die fortwährenden An-zuspaltungen der sog. Mütter bezwecken sollen. Bei diesem Verteidigungskampfe sei es sehr leicht möglich, daß auch einmal Ausdrücke unterlaufen, die nicht jeden angenehm berühren. Wenn man bedenke, daß die sog. Partei viele Organe besitzt, welche teilweise sich berufen fühlen, den Buchdruckern im Verbands- bei jeder Gelegenheit einzuzuwischen, so sei es erklärlich, daß das einzige uns zur Verfügung stehende Organ hin und wieder eine „schwulstige" Sprache führen muß. Schon seit den 70er Jahren habe die sog. Partei die Buchdrucker bekämpft, trotzdem die Buchdrucker den anderen Arbeitern gegenüber ihre Pflicht gethan, und wenn man heute den Corr. als arbeitserfeindlich bezeichne, so müsse festgestellt werden, daß der Parteivorstand mit der Herausgabe seiner Broschüre diese Bezeichnung ebenfalls verleihe. Wollte man heute beschließen, daß R. seine Schreibweise ändere, so gäben wir uns die Waffen aus der Hand, die wir den vielen Angriffen gegenüber brauchen, denn der Streit zwischen

Partei und Buchdrucker wurzelt viel tiefer und würde am allerwenigsten durch obige Resolution beseitigt. Nachdem noch im Falle der Annahme ein Eventual-Antrag eingebracht, welcher besagt, "daß der Goutag sein Bedauern ausdrückt, daß von Seiten der Arbeiterführer der Buchdruckerverband mit Mitteln bekämpft werde, die der allgemeinen Arbeiterbewegung und insbesondere den Buchdruckern zu Schaden gereichen könne", wird die Resolution in mamentlicher Abstimmung abgelehnt. Der Eventual-Antrag war damit ebenfalls erledigt. — Hierauf wurde folgender Antrag angenommen: "Der Goutag wolle beschließen: Das sogenannte Aussehen ist nicht gestattet. Zum Bezuge der Unterstützung muß die Rüchigung voraufgegangen sein." Kanowsh, Siemens. — Als Kandidaten für den Gauvorstand wurden vorgeschlagen: Zum Gauvorsteher Klapproth, Kanowsh, Stellvertreter C. Rosenbruch, Hagelmann. Kassierer resp. Verwalter Weber, Aue; 1. Schriftführer Reichmann, Hühne; 2. Schriftführer W. Rosenbruch, Garries; zu Revisoren Böhme, Metz, Wasznuth, Bornträger. — Als Ort des nächsten Goutages wurde Hannover gewählt; findet jedoch vorher in Hannover ein Außerordentlicher Goutag statt, dann soll auf Wunsch des Bezirks Hildesheim der nächste Ordentliche Goutag in Hildesheim stattfinden. — Nummehr referierte Kollege Klapproth über den bis zum Schlusse zurückgestellten Punkt 4, Vorschlag über die bevorstehende Tarifrevision, in ausführlicher und sachlicher Weise, indem er in den vorliegenden Anträgen seine Stellungnahme präziserte und sein Bedauern ausdrückte, daß aus dem Kreise I einige Anträge eingegangen seien, die sehr wenig Verhältniß der Sachlage zeigen und die auch jedenfalls in der demnächst stattfindenden Kreisversammlung eine Mehrheit nicht finden werden. Bewahren müßte er sich gegen den Vorwurf, daß er nicht jedem Rufe zur Uebernahme eines Referates in Versammlungen gefolgt sei, denn dazu fehlten ihm erstens die Mittel und dann sei er (Redner) mit dem Zentralvorstande der Meinung, daß es zweckmäßiger sei, wenn er nach der Tarifrevision Versammlungen abhalte. Redner verbreitete sich weiter über die Einzelanträge und beantwortete u. a. die Vorderung der Beibringungsliste, den Antrag Bremen, die Abschaffung der Maschinenmeisterklausel und wünschte, daß man bestrebt sein möge, im Interesse der Einheitlichkeit nicht viel über die oben erwähnten Beschlüsse der Bezirksvorsteherkonferenz hinauszugehen, da der allgemeine Niedergang und die Segnmaschinen die Beratungen voraussichtlich sehr beeinflussen werden. — In der sich hieran schließenden längeren Debatte wurden noch allerlei Wünsche, wie Abschaffung des Berechnens an Segnmaschinen, Aenderung des Segnmaschinentarifes, Einführung eines Zeitungstarifes, Festsetzung der Arbeitszeit an den Segnmaschinen auf 8 Stunden usw., vorgebracht und dem Kreisvertreter zur Berücksichtigung empfohlen. — Nach der Erklärung des Revisors Böhme, daß er die Bezirksbücher bis auf einige kleine Schreibfehler in Ordnung gefunden und nachdem von Seiten der Delegierten den Osnabrücker Kollegen für ihre gastliche Aufnahme und ihr Bemühen, den Gästen neben den ernstlichen auch vergnüglichen Stunden zu bereiten, herzlichster Dank abgestattet, schloß Kollege Klapproth abends 7 Uhr mit der Hoffnung, daß wir uns auch fernerhin eine wiederfinden und mit einem Hoch auf den Verband den 29. Goutag.

-d. Jena. Aus Anlaß der bevorstehenden Tarifrevision fand auch in unserer Mustersstadt am 18. Mai eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, die sich in der Hauptsache mit der Forderung und Festsetzung eines Lokal-zuschlages befaßte. Die hiesigen Verbandsmitglieder waren vollzählig, von den Gutenbergs-Bündlern und „Wilden" jedoch nur wenige erschienen. Außerdem wohnten ein Prinzipal und ein Prinzipalssohn sowie der Gauvorsteher Palm aus Weimar der Versammlung bei. Der Gehilfenvertreter unsers Kreises, Lischke-Halle, hielt das einleitende Referat, welches sehr beifällig aufgenommen wurde. Hierauf nahm der Vorsitzende unsers Ortsvereins Wolf das Wort und begründete eingehend an der Hand genügenden Materials (z. B. einer von unsrer Seite aufgenommenen und bearbeiteten Statistik über die wirtschaftliche Lage der Jenaer Buchdrucker-Gehilfen) und durch Vergleichung mit den Nachbarstädten die Notwendigkeit eines Lokalzuschlages für Jena. In der folgenden Diskussion wurde auch von allen Seiten die Berechtigung dieser Forderung anerkannt, u. a. bezeichnete der anwesende Prinzipal, Herr Costenoble, Jena für die teuerste Stadt Thüringens. (Genannter Herr sprach auch sein Bedauern darüber aus, daß die Gehilfen in verschiedenen Konkurrenzorganisationen zer-spalteter sind; in einer einzigen großen Organisation könnten sie gebnmal mehr ausrichten.) Nur über die Höhe des zu Fordernden herrschten Meinungsverschiedenheiten; schließlich wurden mit großer Mehrheit 10 Prozent als Norm angenommen. Die Bündler enthielten sich trotz mehrfacher Aufforderung sowohl jeder Meinungsäußerung wie auch der Abstimmung. Hier ist es wohl angebracht, auch auf die Vorgeschichte dieser Versammlung etwas näher einzugehen. Durch Beschluß unsers Ortsvereins war an den Vorstand der hiesigen Gutenbergs-Bündler eine Anfrage gestellt worden, ob sie gewillt seien, ähnlich wie in Weimar, gemeinsam mit uns die Versammlung einzuberufen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war jedoch ein negatives. Die Bündler antworteten zwar in zustimmendem Sinne, knüpften aber daran Bedingungen, auf die einzugehen vom Standpunkte der kollegialen Ehre und der gesunden Vernunft uns unmöglich war. Ziel-leicht war die Annahme der Bündler wohlwolligere Berechnung, denn es ist ja viel gemüthlicher und sicherer,

andere für sich arbeiten zu lassen; man erregt dadurch beim Prinzipal keinen Anstoß. — Am Tage darauf, den 19. Mai, fand die diesjährige Bezirksversammlung am Bororte statt, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Anwesend waren ungefähr 100 Kollegen aus Jena, Saalfeld, Rudolstadt und Schla. Außerdem waren der Gehilfenvertreter Kollege Lischke-Halle sowie der Gauvorsteher Kollege Palm-Weimar anwesend. Grüße waren eingegangen von den früheren Bezirksmitgliedern Stier und Bejertz-Hamm, Becker-Dortmund, Kirchner-Düßeldorf und Kiesel-Neuweiler. Der Vorsitzende, Kollege Wolf, eröffnete die Versammlung und gedachte des im vorigen Jahre verstorbenen Kollegen Händel-Rudolstadt, dessen Andenken durch Erlesen von den Sigen geehrt wurde. Aus den darauf folgenden Berichten ist zu erwägen, daß wesentliche Veränderungen auf tariflichem Gebiete nicht eingetreten sind. In Jena arbeiten zur Zeit 3 Segnmaschinen: 1 Typograph und 2 Linotypen. Die Beibringungsanstalten in Rudolstadt und Blankenburg treiben bis jetzt ihre Methode weiter, trotzdem das Tarif-Umt schon wiederholt in anerkennenswerter Weise geeignete Schritte dagegen unternommen hat. Der Mitgliederstand stieg von 104 am Schlusse des Jahres auf 127 gegenwärtig. Die Bezirkskasse hatte einen Bestand von 457,60 Mk. aufzuweisen. Sodann referierte Kollege Lischke über die diesjährige Tarifrevision. Er erntete für seinen ausgezeichneten Vortrag allseitigen Beifall. In der folgenden Diskussion, in der jeder Ort seine Tarifwünsche vorbrachte und begründete, wurde namentlich das Falllassen der Forderung um Verkürzung der Arbeitszeit vom Programm der offiziellen Tarifforderungen bedauert. Das Ergebnis der Debatte war die einstimmige Annahme folgender Resolution des Kollegen Wolf: Nach dem Vortrage des Gehilfenvertreters Lischke über die nächste Tarifrevision und nach ausgedehnter Debatte legt die heutige Bezirksversammlung ihre Stellung dahin fest, daß bei dem Abschlusse eines neuen Tarifvertrages das Hauptgewicht auf eine Verbesserung der materiellen Lage der Gehilfen zu legen ist und überläßt es den einzelnen Mitgliedschaften, ihre speziellen Anträge dem Gehilfenvertreter direkt zu übermitteln. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Saalfeld gewählt. Unter Berücksichtigung der bevorstehenden Resolution, welche die Stellung des Corr. zur diesjährigen Maifeier verurteilt, eingegangen und wurde gegen 4 Stimmen angenommen: In Erwägung dessen, daß die Feier des 1. Mai hauptsächlich eine Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit darstellt, die nicht allein als die Forderung einer politischen Partei gilt, sondern vor allem von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern angezogen wird; in der fernern Erwägung, daß eines der Hauptziele des Buchdruckerverbandes der Achtstundentag ist, das Verbandsorgan deshalb die selbstverständliche Pflicht hatte, auf die Bedeutung der Maifeier hinzuweisen, spricht der Bezirkstag in Jena sein Bedauern aus über die Haltung der Corr.-Redaktion, welche die örtlichen Verhältnisse über die allgemeinen stellte und den Hinweis auf die Maifeier unterließ. Dabei wurde besonders kritisiert, daß die Corr.-Redaktion einen das Verhalten der Leipziger Kollegen kritisierenden Artikel nicht aufgenommen hat und gewinnt, daß die Beschwerde beim Zentralvorstande, welche hoffentlich erhoben sei, Erfolg habe. (Leider hat der Verbandsvorstand durch Ablehnung der Beschwerde die Corr.-Redaktion in der „Unterdrückung der freien Meinungsäußerung" unterstützt. D. R.) Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem braudenden Hoch auf den Verband geschlossen.

Münster i. W. Am 12. Mai tagte in Delbe die zweite diesjährige Bezirksversammlung, welche von Kollegen aus Münster und Dülmen besucht war. Namens der Delber Mitglieder begrüßte Kollege Hennig die Erschienenen, der Versammlung zu ihren Verhandlungen den besten Erfolg wünschend. Nachdem zwei Aufnahmegesuche erledigt sowie der Quartals- und Passenbericht erstattet war, wurde beim Punkte: Zur diesjährigen Tarifrevision, vornehmlich darauf hingewiesen, daß, um das Ueberstundenumwehen etwas einzudämmen, dieselben mit erhöhtem Zuschlage zu beenden seien, und dies dem Gehilfenvertreter mitzuteilen, damit bei den Tarifverhandlungen in solchem Sinne gewirkt werde. Betreffs des Umlageverfahrens wird der Vorstand erucht, Protest dagegen zu erheben, indem diese Angelegenheit vom Gauvorstande viel zu schnell über die Knie gebrochen und dadurch den einzelnen Bezirken nicht einmal Gelegenheit geboten war, diese einschneidende Maßnahme zu besprechen. Nach Erledigung einiger Sachen lokaler Natur wurden die anwesenden Nichtmitglieder aufgefordert, doch ihre Interessiertheit fahren zu lassen und dem Verbands, dem alleinigen Vort der Gehilfen, beizutreten, nachdem ihnen vorher die Zwecke und Ziele desselben vor Augen geführt waren. Hiermit fand, nachdem noch ein kräftiges Hoch auf den Verband ausgesprochen, die Versammlung ihren Abschluß.

Naumburg. Die zum Leserkreise des Halleischen Volksblattes zählenden Kollegen wurden anfangs Mai durch mehrere Berichte in denselben von einer hier am 5. Mai stattgefundenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Kenntnis gesetzt. "Partei- und Gewerkschaften" lautete das Thema, welches der Versammlung zu Grunde lag und von dem Vertreter unsers Bezirks, Redakteur Ad. Thiele-Halle, behandelt wurde. Bekanntlich nahm fernerseitig unsre Februarversammlung wegen der Thiele'schen Schreibweise im Volksblatte über die Leipziger Angelegenheit eine Resolution an, in der wir unsrer Mißbilligung und unserm Bedauern über eine detarierte

Haltung eines Arbeiterblattes Ausdruck verliehen. Ueber die Nichtaufnahme dieser Resolution (sie sei im Drange der Geschäfte „vergessen“ worden, erklärte Th. öffentlich) und die daraus entspringenden Weiterungen berichteten wir bereits an dieser Stelle. Obige Versammlung sollte nun Gelegenheit bieten zur Besprechung und Klärung der schwebenden Differenzen. Die Inkenntlichmachung derselben und die Berichterstattung darüber im Volksblatte nötigen uns aber wiederum, wenn auch etwas verspätet, zu einer kleinen Skizzierung. Absehen wollen wir dabei von einer näheren Erörterung des Themas und der damit verbundenen Behandlung des Volkszeitungs-Ausstandes. Beides würde zu weit führen — nur das muß konstatiert werden, daß eine Aenderung der Ansichten der streitenden Parteien nicht stattgefunden hat, weil eine solche „in Anbetracht der außergewöhnlichen Lage des Falles“ eben nicht stattfinden konnte. Th. urteilt nur als Parteimann und jede Partei sucht die „im Parteinteresse“ thätigen Genossen in Schutz zu nehmen. — Daß der Besuch der Versammlung seitens unserer Kollegen ein reger war, ist selbstverständlich, und um ein Gleiches auch bei den übrigen Arbeitern zu erzielen, war geflüstertlich die Mär verbreitet worden, Rezhäuser würde in der Versammlung zugegen sein — und das zog, sobald vielleicht etwas über 200 Personen erschienen waren, davon etwa 90 Buchdrucker. Vor Eröffnung wurden wir überrascht durch die Verteilung des bekannten Flugblattes der Finkstongewerkschaft und die Gegenwart von einem halben Duzend Mitglieder derselben. Wenn diese Umstände dazu beitragen, daß sich der Kollegen eine gewisse Erregung bemächtigte, die wohl durch die Vermutung, daß Herr Th. dabei nicht ganz ohne Schuld sein könne, noch gesteigert wurde, so konnte dies niemand wunder nehmen. Diese Erregung trat denn auch während des Referates durch häufige Zwischenrufe und zeitweise Unruhe zu Tage. Nachdem in der Diskussion die Buchdrucker Fuhrmann, Hauschild, Nikolai und der Maler Brandow gesprochen, auch Th. nochmals das Wort genommen hatte, erreichte der Tumult seinen Höhepunkt, als das Gewerkschaftsmitglied Pfeifer-Halle zu Worte kommen sollte. Um der drohenden Auflösung vorzubeugen, schloß der Vorsitzende die Versammlung, deren Fortsetzung am nächsten Donnerstag vor sich ging. „Thiele hat zu derselben den Corr.-Redakteur Rezhäuser ausdrücklich laden lassen,“ lautete kategorisch der Schlußsatz im Volksblattberichter. Das an uns gestellte Ersuchen, die Vermittlerrolle für die Einladung Rezhäusers zu übernehmen, lehnten wir ab, da wir von vornherein schon nicht das Bedürfnis empfunden hatten, uns auswärtiger Hilfe zu verschern. Hatte Thiele Verlangen nach Rezhäuser, so hatte er von Halle aus näher zu bemehlen als wir. Diese unsere Ablehnung war jedoch Th. nicht mitgeteilt worden; mittlerweile erschien dann auch die Versammlungsbescheinigung seitens des Kartells mit der namentlichen Aufführung Rezhäusers neben Thiele als Referenten. Es liegt uns fern, irgendwelche Hintergedanken zu hegen bei dem Zusammentreffen dieser Umstände — aber gezogen hatte die Ankündigung wieder, das bewies der diesmalige noch stärkere Versammlungsbesuch und den mußte man haben. Freilich erklärte mancher Arbeiter am Schluß der Versammlung, man wäre zu Hause geblieben, wenn man gewußt hätte, daß Rezhäuser nicht käme. Auch von den Buchdruckern waren diesmal über 100 zugegen. Die unterbrochene Rednerliste der vorigen Versammlung wurde weitergeführt. Nachdem Koll. Reichmann in längeren Ausführungen unsern Standpunkt gerechtfertigt und auch die im ersten Versammlungsberichte gebrachten falschen Behauptungen Thieles zurückgewiesen hatte, auf die wir weiter unten noch zu sprechen kommen werden, frag Koll. Fuhrmann an, ob etwa Th. zu dem Erscheinen der Gewerkschaftsmitglieder in irgendwelcher Beziehung gestanden hätte, was von Th. mit nein beantwortet wurde. Der als Versammlungsleiter fungierende Kartellvorsitzende Bräunig gab dazu öffentlich die Erklärung ab, daß Th. am Sonnabend direkt von Berlin hierher gefahren sei und erst hier von dem Dasein der Gewerkschafter erfahren habe; Herr Thiele hätte ihm aber erzählt, daß er, Th., sich einige Tage zuvor an Herrn Kreßlin-Leipzig gewandt und Material zu der Versammlung erbeten hätte; jedenfalls sei diese Anfrage die Veranlassung zu der Sendung der Flugblätter wie auch zum Erscheinen „dieser Leute“ gewesen. Man erfieht aus dieser Darstellung, wie verschieden die Wege sein können, die nach Rom führen. Darauf ergriff ein Herr Bittner-Halle das Wort, der in Gemeinschaft noch eines andern Gewerkschafters mit einer ziemlich glühwörtigen Rede erschienen war und sich Mühe und selbst Geldkosten nicht hatte verdrängen lassen, um sein Interesse an der modernen Arbeiterbewegung vor den Raumburger Arbeitern dadurch zu beweisen, daß er ihnen die satism bekannnten „ollen Kamellen“ über die Schädlichkeit der Tarifgemeinschaft, die Haltung des Corr., die Ausschüsse der Gewerkschafter usw. vortrug. Durch einen Teil seiner Ausführungen erwarb er sich außerdem das Patent dazu, in jene Gattung Zweifelsler einzureigen zu werden, durch deren Heimatberechtigung Halle einen so traurigen Ruf unter allen Großstädten genießt. — Unse eingehende Resolution wurde von Th. mit einer Gegenresolution beantwortet, außerdem ging noch eine dritte auch gegen die Buchdrucker gehaltene ein. Da die Ablehnung unsrer Resolution uns ziemlich kalt gelassen haben würde, im Gegenteile die Annahme derselben aber wieder genügend Stoff geboten hätte, um gegen die Parteibewegung im allgemeinen ausgebeutet zu werden, so zogen wir dieselbe zurück, nachdem Thiele in seinem Schlussworte

erklärt hatte, auch dann die feine retour zu nehmen. Als darauf von einem Kollegen trotzdem eine Abstimmung verlangt wurde, entschied sich die Versammlung dafür, über keine der Resolutionen abzustimmen. Eine sehr gewagte Behauptung Thieles aber ist es, wenn er in dem Berichte hierüber sagt: „Obwohl es bei der Zusammenfassung der Versammlung keinem Zweifel unterlag, daß die letzteren beiden (gegen die Buchdrucker gerichteten) Resolutionen zur Annahme gelangt wären, wurde von einer Abstimmung Abstand genommen, da es nicht darauf ankomme, den einen Teil der Versammlung zu demütigen oder Sieger und Besiegte zu schaffen.“ Denn daß Herr Th. über das Ergebnis der Abstimmung selbst Zweifel aufstiege, Beweis seine Aeuerung im Schlussworte, bei etwaiger Abstimmung würde er sich das Recht vorbehalten, zu beantragen, die Buchdrucker sollten über die ihre und der andre Teil der Versammlung über seine Resolution getrennt abstimmen — zu solchem Modus hätten wir uns allerdings erst noch erlaubt ein Wörtchen mitzureden. Zum Schluß kommen wir noch zu den oben schon erwähnten Behauptungen des Herrn Thiele in seinem Berichte über die erste Versammlung. Eine Stelle darin lautet: „Sie (die Verbandsbuchdrucker) berufen sich auf ihre Thätigkeit für meine Wahl. Nun ist aber Tatsache, daß etwa 25 Mann aus Ihren Reihen sich nur ein einziges Mal an der Flugblattverbreitung haben beteiligen wollen, doch als ihnen nicht die gewünschte Tour zugeteilt werden konnte, weil dieselbe schon besetzt war, traten sie zurück.“ Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf; aber ich meine, bei diesem Sachverhalte sollte man etwas vorsichtiger sein mit dem Auftrumpfen.“ In der zweiten Versammlung stellte Koll. Reichmann nun fest, daß diese Verichtsstelle in der Versammlung von Thiele öffentlich überhaupt nicht zitiert worden ist. Dies wurde auch von Th. zugegeben. Ihm sei die Sache nach der Versammlung so erzählt worden und er sei bei der Abfassung des Berichtes von dem Glauben befangen gewesen, in der Versammlung von der Sache gesprochen zu haben. Es steht ja uns nicht an, jetzt noch damit kreben zu gehen, wie die hiesigen Buchdrucker sich bei der 98er Wahl für die Wahl Thieles engagiert haben, dies weiß ja Thiele selbst ganz genau, öffentlich hat sich auch von unsrer Seite kein Mensch darauf berufen; wenn aber die Kollegen am Kassen sich der letzten Wahlperiode erinnern und die jetzige Haß des Volksblattes gegen die Buchdrucker in Vergleiche stellen, so hört man freilich Konsequenzen ziehen, auf die Herr Thiele als Erfolg seiner agitatorischen Thätigkeit wenig stolz sein kann. Eine weitere Stelle des Berichtes sagt: „Und in welches Licht rückt ein Teil von Ihnen durch folgenden Vorgang: Als heute in einer der größten hiesigen Druckereien ein Zirkular herumging, durch welches Sie zum Besuche der heutigen Versammlung aufgefordert wurden, hat einer den Satz „unser Reichstagsabgeordneter Thiele wird referieren“ durch Ausstreichen des Wortes unser und Darüberschreiben der verändert. Und keiner der anderen hat gegen solche Künderei protestiert.“ Auch diese Sache wurde in der zweiten Versammlung dahin berichtigt, daß eine Ausstreichung überhaupt nicht, sondern nur eine Unterstreichung des Wörtchens stattgefunden hatte. Was den betreffenden Kollegen, der noch dazu Parteimitglied ist, hierzu bewogen hat, ist nicht bekannt geworden, jedenfalls hat er es nur der besseren Betonung wegen getan. Derartige Kleinigkeiten, wenn sie sich vollends auf Waschweiberart breitmachen, können ja überall vorkommen und sind schließlich auch zu vergehen. Aber wenn man den Mut besitzt, sie öffentlich zu kolportieren, so muß man dann auch so viel, nun sagen wir Tagelohn besitzen und auch die notwendigen Verbesserungen seiner Behauptungen seinen Lesern nicht vorenthalten. Und das hat Herr Thiele nicht getan. Sein Wort steht in seinem zweiten Berichte über diese Richtigstellungen. Es pagte ihm eben in den Kram, den übrigen Arbeitern wieder einmal vorzubemonstrieren, wie wenig die Buchdrucker dazu veranlaßt sind, sozialdemokratisch denken zu können, um mit Herrn Thiele zu reden. So schreibt Herr Th. noch an anderer Stelle: „Als Vertreter der anderen Gewerkschaften griff namentlich Genosse Grunert die Haltung des Verbandsorgans und seines Redakteurs energisch an.“ Davon, daß der betreffende Redner, der Holzarbeiter ist, den Leipziger Kollegen in der Volkszeitungs-Angelegenheit nicht unrecht geben konnte und die eingesprungenen Gewerkschafter auch als Streikbrecher bezeichnet, weiß Herr Th. aber nichts zu berichten. Wir wollten erst, weil Th. jetzt interniert ist, darauf verzichten, vorstehende Darlegungen der Öffentlichkeit preiszugeben. Der neueste Vorstoß des Koll. Weismann im Volksblatte nötigte uns jedoch, die Reserve abzuschütteln. Denn, leider, wir haben es auch kennen gelernt, das Recht der freien Meinungsäußerung jener Herren, die sämtliche sozialdemokratische Prinzipien, auch die für Wahrheit und Recht, in der Erbschaft genommen zu haben vorgeben und wollen diesen kleinen Beitrag zu diesem Kapitel den Kollegen darum nicht vorenthalten.

Neustadt a. d. S. Der hiesige Buchdruck-Maschinenmeisterklub unternahm am 19. Mai einen in allen Teilen wohlgeleiteten Ausflug nach Heibelberg. Von seiten der dortigen Schnellpressenfabrik A. Hamm waren die Finger der schwarzen Kunst eingeladen und wurden die Neustädter am Bahnhofe von der genannten Fabrikleitung empfangen und zunächst in das Etablissement geleitet. Der ganze Betrieb war zu diesem Zwecke in Thätigkeit und wurde von unseren Fachleuten sehr eingehend besichtigt, speziell galt es, die Aufmerksamkeit auf zwei auf dem Gebiete

des Schnellpressenbaues weit vorgeschrittene Schnellpressen großen Formates mit Kreisbewegung und in vier Schienen auf Rollen laufend, also Kreis- und Eisenbahnbewegung, zu besichtigen. Die Besucher, zu denen sich noch ein früherer Kollege, jetzt Prinzipal, Herr Bürkner von Pforzheim, gesellte, waren hochbefriedigt über das Vorgeführte und gaben auch später in Worten ihre Befriedigung der Geschäftsleitung gegenüber kund. Als besondere Verbesserung verdient die präziser rückgehende Anlegemarke sowie zwei gleichzeitig wirkende Bremsen und die zur Verhinderung des Schmierens dienenden „Stenchen“ am Ausleger genannt zu werden. Die verehrliche Direktion ließ es sich nicht nehmen, ihre Gäste mit einem solennen Frühstück zu bewirten und zwar in dem Maße, daß selbst der bekannte gute Durst der Schwarzärzter nicht ausreichte, um all' das Gebotene zu vertilgen. Der Fabrik, die namentlich in den letzten zehn Jahren stets bemüht ist, immer wieder das Neueste und Praktischste zu bieten, sei an dieser Stelle nochmals der Dank ausgesprochen. Der Nachmittag wurde zur Besichtigung Heibelbergs benutzt und hatte auch dazu die Direktion der Maschinenfabrik einen Vertreter, Herrn Obergeringieur Schay, beauftragt, uns als Führer zu dienen. Für seine lebenswürdige und zuvorkommende Gastfreundschaft sei auch diesem der beste Dank ausgesprochen. Die Neustädter verabschiedeten sich von Heibelberg mit dem Wunsche: der Schnellpressenfabrik A. Hamm ein ferneres, kräftiges Wachsen und Gedeihen!

Wismarsens. Um das Johannisfest auch in diesem Jahre in wirbiger Weise zu begehen, beschloßen die Bezirksvereine Wismarsens-Kaiserlautern, daselbe am 30. Juni gemeinsam durch einen Ausflug in das so wildromantische, inmitten des Pfälzer Waldes gelegene Karlstal bei Krippstadt zu feiern. Das hier gewählte Komitee, dem das Arrangement des Festes in die Hände gelegt wurde, hat schon alle Vorbereitungen dazu getroffen und folgendes Programm aufgestellt: Früh 10 Uhr Zusammenreffen der verschiedenen Ortsvereine auf der Klugsmühle, am Eingange des Karlstales, sodann nach Einnahme eines kleinen Frühstücks Besichtigung der Burgruine Wilsenstein und Spaziergang durch das Karlstal nach Krippstadt; daselbst punkt 12 Uhr gemeinsamer Mittagstisch à 1 Mark (Gasthaus zur Post). Um 2 Uhr Umarmung mit Musik nach der Umsehbelle, wofelbst Konzert nebst Volksbelustigung, wie Tanz, Preisfesteln, Preisquadräteln, Vorkstehen usw., stattfindet. Es ergeht hiermit an alle Kollegen der umliegenden Druckorte die freundliche Einladung, sich recht zahlreich an unserm Feste zu beteiligen und ist der hiesige Bezirksvorstand gern bereit, nähere Auskunft zu geben. Das ganze Fest verspricht ein wohlgeleitetes zu werden und rufen wir nochmals jedem Kollegen zu: „Auf nach dem Karlstal am 30. Juni!“

Ulm a. D. In der am 19. Mai abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung wurde zunächst die Neuwahl des Vertrauensmannes vorgenommen, da der seitherige nach viermonatlicher Thätigkeit ohne jede Begründung von seinem Posten zurücktrat. Kollege Schmof, Neu-Ulm, Insel 14, besorgt nach einstimmigem Beschlusse der Versammlung in Zukunft die Geschäfte des Vertrauensmannes. Der weitere Teil der Tagesordnung war allein einer hiesigen Offizin gewidmet, in der sich seit längerer Zeit Zustände bemerkbar machen, die der Öffentlichkeit unterbreitet gehören. Es ist dies die Ulmer Zeitung, Organ der freisinnigen Volkspartei für Ulm und Umgebung, gegründet vor etwa 12 Jahren zur Wahrung aller Volksinteressen. Gedruckt wird dieselbe in eigener Hausdruckerei unter der Firma Ulmer Zeitung, A.-G. Dem Aufsichtsrate dieser Aktien-Gesellschaft gehören u. a. der demokratische Reichs- und Landtagsabgeordnete Hahnle und dessen Gefinnungsgenosse Landtagsabgeordneter Mayher an. Ob diese Herren unterrichtet sind von den Arbeitsverhältnissen des Betriebes, dessen Vorstände sie im Aufsichtsrate sind? Wir wissen es nicht. Vielleicht aber tragen diese Herren dazu bei, daß die kleine Zahl der Herren Aktionäre einmal erfährt, daß es notwendiger ist, in eignen Betriebe erst geordnete Verhältnisse herbeizuführen, anstatt im Landtage bei jeder Gelegenheit als Vertreter der „Arbeiter“ sich aufzuspielen und den Mund nie voll genug zu nehmen, wenn es sich um staatliche Beamte oder Arbeiter handelt. Im erwähnten Aktienunternehmen sind insgesamt während der 3 letzten Monate etwa 21 Kündigungen erfolgt; betroffen wurden selbst verheiratete Leute, die keine Aussicht besitzen, am Platze anderweitig unterkommen zu können. Daß die Ulmer Zeitung seit Jahren ein Taubenschlag ist, ist ja im großen und ganzen bekannt. Daß aber die Sämdigkeit des neuen Geschäftsleiters, eines Herrn Reinecke, vor kurzer Zeit angeblich in Eberswalde als Faktor tätig, früher mal in Augsburg, seit etwa 6 Wochen hier, so weit geht, auf Unkosten des Personales den allem Anscheine nach zu niedrigen in diesen Tagen zur Verteilung gelangten Dividendenfuß von 5 Proz. für das neue Geschäftsjahr möglichst hochzuschrauben, das kann auf die Art, wie es in die Wege geleitet ist, von der Kollegenchaft nicht acceptiert werden. Im Laufe des Frühjahr wurden Kollegen in dauernde Stellungen engagiert und andere, die eine Kündigung eingereicht hatten, bewogen zu bleiben, man holte sogar einen Kollegen, dem die einfache Fahrt per Bahn etwa 30 Mk. kostete, herbei; allen wurde eine dauernde Stellung zugesichert. Leider kann man sagen, denn sie alle dürfen sich jetzt der unfreiwilligen Freiheit erfreuen. Die Verprechungen des neuen Geschäftsleiters bei feinen Eintritte, den Tarif in Höhe anzuerkennen und einzuführen, wird auch nicht in Erfüllung gegangen. Bei einem seit-

herigen Durchschnittspersonale von etwa 24 Personen hatten etwa 6 die Entlohnung über Minimum. Ueber die Druckerei selbst läßt sich noch sagen, daß sie vollständig versichert ist, sodaß schon aus diesem Grunde fester ein Kollege, der an geordnete Zustände gewöhnt ist, Freude an der Arbeit hat. Berechnet wird zu 32 bis 33 Pfg. ohne jeden Ausschlag. Frühstücks- und Vesperpauze gibt es nicht, ebenso darf kein Bier im Geschäft getrunken werden. Aber abgesehen von letzteren Umständen gaben der Mitgliederversammlung die in den letzten Wochen erfolgten Massenentlassungen, die ja so weit gingen, daß nicht einmal das seitherige Stammpersonal belassen wurde, Anlaß zu sachgemäßer Beratung der Frage und sie stellte sich schließlich auf den Standpunkt, daß es nicht rätlich erscheine, eine Firma so weiter mit Arbeitskräften spielen zu lassen, wie es früher bei der Ulmer Zeitung der Fall war. Um nun unsere Mitglieder, die noch nicht das Vergnügen hatten, sich von der Ulmer Zeitung eine „Legiti“ ausstellen zu lassen, vor Schaden zu bewahren, beschloß die Versammlung einstimmig auf Grund der vorliegenden mißlichen, teilweise hier erwähnten Verhältnisse beim Gavourstande die Schließung einer Firma für Verbandsmitglieder zu beantragen. Wir ersuchen daher die Kollegen von nah und fern, bis auf weiteres im eigenen Interesse eine Kondition der Ulmer-Zeitung, u. G., nicht anzunehmen.

Rundschau.

Im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig finden zur Zeit eine Reihe von beachtenswerten Ausstellungen statt. In erster Linie ist zu nennen die Jahresausstellung des deutschen Buch-, Kunst-, Landkarten- und Musikalienhandels, welche etwa 4000 Bände neuer Erscheinungen sowie eine große Anzahl im Laufe des letzten Jahres erschienener Landkarten, Kunstblätter und Musikalien vorführt. Eine Schwarz-Weiß-Ausstellung der Firma Fischer & Franke in Berlin bietet etwa 700 Originalzeichnungen moderner Künstler. Ferner ist die Maschinen-Ausstellung von den hervorragendsten Firmen dieser Branche besetzt. Sonntags sind die Maschinen regelmäßig im Betriebe und werden auf Verlangen von Interessenten auch des Wochentags im Betriebe gezeigt. In der ständigen buchgewerblichen Ausstellung (im dritten Stock) bieten Schriftgießereien, Messingliniendruckerei, Papier- und Farbenfabriken, Chromolithographische und photographische Anstalten, Buch- und Steindruckereien, Buchbinder, Verleger usw. eine Ausstellung des Besten, was in graphischen Künsten und Gewerben geschaffen wird. An die ständige Ausstellung schließen sich die von dem Deutschen Buchgewerbehaus veranstalteten Sonderausstellungen, die in kürzeren oder längeren Zeiträumen wechseln. Gegenwärtig sind moderne Buchausstattungen aus dem Verlage von S. Fischer in Berlin sowie moderne Bucheinbände aus dem Baarfortimente von F. Volkmar Leipzig zur Auslage gebracht. Wandrahmen weisen dänische Accidenzen, Buchumschläge, Plakate und Vorsatzpapiere auf. Während der ersten fünf Monate dieses Jahres besuchten nahezu 15 000 Personen das Deutsche Buchgewerbehaus und seine Ausstellungen, darunter ein großer Teil auswärtiger Fachleute oder Interessenten, denen bereitwillig ein Beamter des Vereins die erklärende Führung zu teil werden läßt. Auch auswärtige Vereine kommen zum gemeinsamen Besuche des Buchgewerbehauses nach Leipzig, so erst vor einigen Tagen die Mitglieder des Kunstgewerbevereins in Dresden.

In Berlin bestanden nach einer Mitteilung des Vorwärts am 1. April des vorigen Jahres 63 Innungen, von welchen nur 18 den Zwang acceptierten, während 45 als freie Innungen fortzubestehen beschloßen. Von den Zwangsinnungen dehnten 12 den Beitrittszwang auf alle Gewerbetreibenden des betreffenden Berufes aus, während 6 sich nur auf solche selbständige Handwerker beschränken, welche der Regel nach Gesellen oder Lehrlinge beschäftigen. Von Handwerkern, die eine Innung bisher nicht besaßen, stellte im Verwaltungsjahre 1899/1900 niemand den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung, wohl aber die Fuhrgewerbetreibenden zur Errichtung einer freien Innung für das Personen-Fuhrwesen. Streitigkeiten wegen Innungszugehörigkeit sind bei der Aufsichtsbehörde in der genannten Zeit 177 anhängig gemacht worden; am meisten waren hierbei beteiligt die Schneider in 88 und die Drechsler in 33 Fällen. Wie aus diesen Beispielen ersichtlich, macht die „Nennung des Handwerks“ nicht nur keine Fortschritte, sie führt im Gegenteil zu allerhand Streitigkeiten, die im großen und ganzen ungehört bleiben, da auch die Entscheidungsinstanzen über die Lösung sehr geteilter Meinungen sind. Die industrielle Entwicklung läßt sich eben nicht durch Wiederaufwärmung überlebter Einrichtungen ausfallen.

Ein Erlaß des preussischen Eisenbahnministers bestimmt, daß bei der Annahme von Werkstättenhandwerkern diejenigen Bewerber zu bevorzugen, die in ihrem Handwerke die Gesellenprüfung vor einem hierfür zuständigen Prüfungsausschusse abgelegt haben, und bemerkt hierzu, daß bei dem regen, durch die Aussicht auf das Einrücken in Beamtenstellung hervorgerufenen Wettbewerbe um Annahme bei den verschiedenen Eisenbahnwerkstätten den Innungen ein wirksames Mittel zur Förderung des Innungsinteresses geboten sei. Das nicht vorhandene Interesse für die Innungen wird durch solche Kleinarbeit schwerlich erweckt werden.

In Magdeburg wurde ein Zentralverband für kaufmännisches und gewerbliches Unterrichtswesen

ins Leben gerufen. Es hatten sich zu der Versammlung 400 Abgeordnete eingefunden. Der anwesende Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, Geh. Oberregierungsrat Simon-Perlin, stellte in seiner Begrüßungsrede folgende drei Leitsätze auf: 1. Es sei Pflicht, alle Gebiete des gewerblichen Lebens, alle Zweige der Industrie und des Handwerks in Berücksichtigung zu ziehen, nur dann werde ein wirtschaftlicher Erfolg zu verzeichnen sein. 2. Jede Arbeitskraft vom Lehrling bis zum Meister, die im gewerblichen oder kaufmännischen Leben thätig ist, hat Anspruch auf die Segnungen des gewerblichen Unterrichtes, ganz gleich ob Mann oder Weib. 3. Der gewerbliche Unterricht ist nur ein Teil des allgemeinen Bildungswesens, doch müssen die Grundzüge und Ziele anerkannt und gefördert werden, die das allgemeine Bildungswesen betreffen. Nachdem hierauf ein Vortrag des Stadtrates Sombart-Magdeburg über den Einfluß des gewerblichen Schulwesens auf die wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Verhältnisse eines Volkes gehört worden, wurde die Gründung des aus dem Verbands deutscher Gewerbeschulmänner und dem Deutschen Vereine für das Fortbildungsschulwesen hervorgegangenen Zentralverbandes beschloßen und schließlich ein Antrag angenommen, der die Einsetzung eines Reichsamtes für das gesamte Bildungswesen verlangt.

Der Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband hielt seine 12. Generalversammlung in Kassel ab bei Anwesenheit von 72 Delegierten in Vertretung von 36410 Mitgliedern. Das Verbandsorgan hat 38000 Auflage. Nach Erledigung der Geschäftsberichte wurde eine Resolution gegen die Lebensmittelpreise einstimmig angenommen. Daran schloß sich ein Referat über die Presse und deren Entwicklung und die Annahme einiger hierauf bezüglicher Anträge. Eine weitere Resolution, den Arbeiterschutz betr., enthält ebenso wie die über das Knappschäftsweisen und die Pensionskassen angenommene Resolution die bekannten Forderungen. Die nächsten Punkte der Tagesordnung betrafen die Hindernisse, welche seitens der Polizei der Abhaltung von Versammlungen bereitet werden, und den vierten deutschen Gewerkschaftskongress. Zum Kapitel Pensionierung der Verbandsbeamten sprach man sich im Prinzip für dieselbe aus, will jedoch erst die Beschlüsse des nächsten Gewerkschaftskongresses hierüber abwarten. Weitere Beratungsgegenstände betrafen das Strafwesen auf den Gruben und die Bildung eines Streikfonds, zu welchem jedes Mitglied monatlich 50 Pf. beitragen soll. Schließlich wurde ein neuer Statutentwurf beraten. Die Firma des Verbandes soll ferner lauten; Verband deutscher Bergarbeiter. Sonst ist noch bemerkenswert die Einteilung des Verbandsgebietes in Agitationsbezirke, deren Vorsteher soweit nötig aus Verbandsmitgliedern besetzt resp. entsandt werden sollen. Als Vorsteher des Verbandes wurden gewählt Heinr. Müller-Bogum und Ludwig Schröder-Dortmund, als Redakteur Hne-Essen.

Die christlichen Gewerkschaften hielten in Krefeld ihren dritten Kongress ab. Nach dem gegebenen Berichte über den Gesamtverband gab es am 1. April d. J. 40 christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine mit 164000 Mitgliedern, wovon 23 mit 82000 Mitgliedern dem Verbandsangehören und zwar 34000 Bergleute, 17650 Metallarbeiter, 13035 Textilarbeiter, 4000 Maurer, 3700 Metzger usw. Die Stellungnahme zu den übrigen (nicht „christlichen“) Gewerkschaften wurde vorläufig noch als offene Frage behandelt und eine Resolution, welche die christlichen Gewerkschaften jetzt und für alle Zukunft auf positive christliche Grundzüge festlegen wollte, mit 31 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Eine nach längerer Debatte angenommene Resolution tritt für die christlichen Zentralverbände energisch ein und fordert den Anschluß der bestehenden zahlreichen Sonderorganisationen an dieselbe. Hierauf wurde ein Referat über das Unterstützungsweisen in den christlichen Gewerkschaften gehalten, das nur Mittel zum Zwecke sein dürfe, Hauptaufgabe auch dieser Organisationen sei die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. In diesem Sinne wurde eine Resolution angenommen. In einer weiteren Resolution wird die Verleihung von Korporationsrechten und der Rechtsfähigkeit von Berufsvereinen verlangt, sofern gleichzeitig anderweitige hemmende Gesetzesbestimmungen aufgehoben und den Berufsvereinen keine anderen, die notwendige Bewegungsfreiheit derselben hindernde Verpflichtungen auferlegt werden. Weitere Beratungsgegenstände bildeten die Reform der Krankenversicherung und das Gewerbegerichts-gesetz. In beiden Beziehungen schloß man sich den auch von anderen Seiten ausgesprochenen Wünschen an, d. h. das Krankenversicherungsgesetz soll nicht verschlechtert, vielmehr nach verschiedenen Richtungen hin verbessert und das Gewerbegerichts-gesetz in der vom Reichstage beschlossenen Form vom Bundesrate angenommen, den gegenseitigen Strömungen also keine Rechnung getragen werden. Der nächste Kongress findet 1902 in München statt.

Der Streit zwischen einer Ortskrankenkasse in München und den Ärzten, der sich fast noch schärfer zuspitzte als in Leipzig, ist unter dem Vorhise des Regierungspräsidenten v. Auer geschlichtet worden. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, der am 1. Juni in Kraft getreten ist. Der Hauptvortheil des Vertragsabchlusses dürfte, soweit aus den vorliegenden Nachrichten ersichtlich, in der Hauptsache den Ärzten zugefallen sein.

Die Kölner Volkszeitung gibt einige recht interessante Daten über die A-mee-Lieferanten, die selbstverständlich zu den Patrioten par excellences gezählt zu werden pflegen. Danach kosten die seither mit 2320 Mk. pro

Tonne bezahlten Panzerplatten den Herstellern nur 950 Mk. bis 1000 Mk. pro Tonne und selbst wenn sie jetzt eine Herabsetzung des Preises auf 1920 Mk. erreichen, würde den Fabrikanten immer noch ein Nutzen von 100 Proz., auf die Herstellungskosten berechnet, bleiben. Ein rheinisches Konsortium hat sich vor längerer Zeit bereit erklärt, vom Jahre 1903 ab gleiche Qualität Niederstahlpanzerplatten zu 1550 Mk. pro Tonne, also 770 Mk. billiger als seither an die Lieferanten bezahlt wurde, zu liefern, wenn ihm nur die Zusage eines entsprechenden Teiles der künftigen Lieferungen gegeben werde. Daraufhin boten die seitherigen Lieferanten dem Reichsmarineamt den Preis von 1920 Mk. — statt der zuerst geforderten 2070 Mk. und statt der bisher gezahlten 2320 Mk. —, wenn ihnen der Gesamtbedarf bis zum Jahre 1907 fest übertragen würde. Ferner: Bei Beschaffung der neuen Feldartillerie waren die ersten Geschützrohrlieferanten an eine sehr bekannte und leistungsfähige Firma zu einem Preise vergeben worden, der 4000 Mk. pro Stück überstieg. Dem Kriegsministerium gelang es später, eine Konkurrenzfirma für die Sache zu interessieren, welche dasselbe Material zu 1950 Mk. anbot, und schließlich wurde der Preis auch von dem ursprünglichen Lieferanten auf 1900 Mk. ermäßigt! Ähnliche Verhältnisse ergaben sich bei der Lieferung von Granaten. Nicht nur die Ugarier, auch die Großindustriellen wissen den Staat als melkende Kuh zu benutzen. „Stützen des Staates“ bleiben sie aber trotz alledem!

Auf das Submissionsauschreiben, die Herstellung der Maurerarbeiten für einen städtischen Neubau in Hannover betreffend, gingen 19 Offerten ein, die zwischen 110708 und 70133 Mk. schwankten. Die Differenz von rund 40000 Mk. beweist, daß die Unternehmer sich über das was recht und billig so wenig klar sind, daß es ihnen nur erwünscht sein könnte, von den Arbeitern durch Einführung einheitlicher Tarifverträge zu einer bessern Kalkulation gezwungen zu werden.

Lohnbewegung. Die Barbier- und Friseurgehilfen in Berlin beschloßen den Generalstreik; es soll hiernach die Arbeit auch in den Geschäften eingestellt werden, welche bewilligt haben. Beim Obermeister Hübner in Dresden sind 18 Steinmetzen ausständig. Der Streik der Bergarbeiter in Grawob (Msch.) wurde nach zwölfwöchiger Dauer durch Streikbrecher vereitelt. Die Ausständigen beschloßen abzureisen. Die Zimmerer und die Bauhilfsarbeiter in Halle a. S. haben ihre Streiks, in welche zur Unterstützung der streikenden Maurer eingetreten wurde, aufgegeben, dagegen streiken die letzteren ungeschwächt fort. In Hamburg streikten über 200 Bauarbeiter um Lohnherhöhung. Von den Kupferbeschmiedern daselbst befinden sich noch 164 Mann im Ausstande. Ein Ausstand in der Insterburger Schäftesfabrik endete nach mehrwöchiger Dauer durch die Zurücknahme der Maßregelung, welche den Anlaß zum Ausstande gab. Ein Streik in der Königsberger Walzmühle ging durch Streikbrecher verloren. Der bereits gemeldeten Lohnbewegung der Steinbrecher in Linz a. Rh. scheint an gewissen Stellen eine besondere Bedeutung beigelegt zu werden. In den nahegelegenen Orten wurden Soldaten und berittene Gendarmen einquartiert. In Salzwedel streikten die Maurer. Ueber den Stand des Streiks der Maurer und Zimmerer in Staßfurt wird berichtet: Von den ersteren arbeiten 33 zu neuen Bedingungen, 85 sind abgereift und 76 noch zu unterstützen. Von den Zimmerern traten 85 in den Ausstand, von denen 60 abreisten, so daß nur noch 25 zu unterstützen sind. An dem Steinarbeiterstreik in Striegau sind 369 Männer und 17 Frauen beteiligt. In drei Betrieben wird gearbeitet. Die Arbeiter in den Holzschneidemühlen bei Tilsit-Stolbik ließen sich nach mehrwöchigem Streik durch die Antihindung von dem Eintreffen einer größeren Zahl Streikbrecher einschüchtern und begnügten sich mit dem angebotenen Stundenlohn von 20 Pf., welcher für sie trotz alledem ein kleiner Fortschritt ist.

In Kopenhagen streikten etwa 700 Kutscher, eine Lohnherhöhung von 4 bezw. 5 Kr. fordernd. In Belgien stellten 400 Arbeiter der Staatsbahn-Werkstätten die Arbeit ein wegen Maßregelung einiger Kollegen.

Eingänge.

Unter dem Titel Helden der Menschheit, Lebensbeschreibungen der hervorragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten und Zonen (in 50 Lieferungen à 25 Pf.) macht der Verlag Aufklärung in Berlin W 35 den Versuch, eine Welt- und Kulturgeschichte in Einzeldarstellungen zu bieten und zwar in Form von Lebensbeschreibungen derjenigen Männer, in denen sich die Geschichte der Menschheit widerspiegelt. Nach den uns vorliegenden vier Heften zu urteilen hat es der Herausgeber verstanden, auf eng-bemessenen Raume mit Geschick die einzelnen Daten aus dem Leben der von ihm ausgewählten „Helden der Menschheit“ vorzuführen und damit den Leser in den Stand zu setzen, sich ein vollständiges Bild der jeweiligen Zeitverhältnisse zu machen. Diese Art „Herrentulius“ kann man sich schon gefallen lassen. Die ersten vier Hefte enthalten die Biographien von Buddha, Cromwell, Tolstoi, Hutten, Sappho, Washington und Copernicus. Außer den Porträts sind dem Werke auch eine Anzahl Illustrationen beigegeben, mit welcher Zugabe wohl mehr dem augenblicklichen Geschmacke geschuldet werden soll — einen praktischen Zweck hat diese Beigabe nicht.

Revision des Sozialismus. Von Dr. Alfred Roffig. 1. Band: Das System des Sozialismus 1. Teil. Akademischer Verlag für soziale Wissenschaften Dr. John Edelheim in Berlin und Bern. Preis 4 Mk. Der Verfasser ist durch die Herausgabe mehrerer sozialpolitischen

Schriften wie als Mitarbeiter der Neuen Zeit und der Sozialistischen Monatshefte in sozialistischen Kreisen nicht unbekannt. In den nachfolgenden zwei Bänden wird der 2. und 3. Teil des Systems des Sozialismus die moderne Agrarfrage in 3 Abteilungen behandeln und danach in weiteren Bänden eine Kritik des Sozialismus folgen. Wie hieraus ersichtlich, ist das Werk sehr groß angelegt. Ein Eingehen auf den Inhalt desselben müssen wir der politischen Presse überlassen.

Gestorben.

In Offenbach a. M. am 20. Mai der Gießer Alois Leonhardt aus Oberrad, 30 Jahre alt — Lungen-tuberkulose.

In Stuttgart am 21. Mai Karl Schneider in Bilingen bei Ulm, 28 Jahre alt — Lungenleiden.

In Tilsit am 29. Mai der Buchdruckereibesitzer Julius Rejlander im 90. Lebensjahre. Geboren in Fischhausen am 29. November 1811, ausgereist bei Hartung in Königsberg, erriete er am 1. August 1840 die noch jetzt in seinem Besitze befindlich gewesene Druckerei.

Briefkasten.

Mehrere Kollegen in Dresden: Von einem Abdrucke Ihrer angeleglichen Nichtigstellung, den Verwaltergehalt betr., müssen wir absehen, da Sie nicht das Geringste gegenüber dem Gantagsberichte „richtig stellen“ können. — E. C.: Wäre zum Abdrucke sehr geeignet, wenn die betreffenden Leute namhaft gemacht würden. In dieser allgemeinen Weise, geht der gewollte Zweck verloren. Im übrigen über Lebenszeichen sehr erfreut. Freundschaftlichen Gruß! — F. in Stuttgart: Bitten um Angabe Ihrer Adresse, um Ihren Brief beantworten zu können. — „Veritas“, Frankfurt a. M.: Wir pflichten Ihrer Einwendung vollkommen bei, halten es aber aus taktischen Gründen für nützlicher, von einem Abdrucke abzusehen. Sie sind wohl mit uns einverstanden? — Kollege C. R. L. in H., welcher uns seiner Zeit das Feuilleton „Kollege Uffe“ einlieferte, wird um Angabe seiner Adresse gebeten, da uns dieselbe verloren gegangen ist. — M. K. in Blankenburg: War der konditionslose Kollege zuletzt dort in Arbeit, so ist derselbe zweifellos stimmberedigt. — St. in Berlin: 4,25 Mk.

Bei dem neuen Umstürze aus sozialdemokratischen Kreisen ersuchen wir wiederholt recht dringend um Zufendung der betreffenden Nummern der in Betracht kommenden Organe.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer Mitglieber, daß wir mit der Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Frankfurt a. M. einen Begünstigungs-Vertrag abgeschlossen haben, der bei Zweck hat, den Beitritt zur Lebensversicherung wesentlich zu erleichtern und bitten von den Vorteilen des Vertrages Gebrauch zu machen und sich dieserhalb an die Subdirektion der Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft Berlin SW, Zimmerstraße 30, zu wenden, die jede Anfrage pünktlich und ausführlich erledigen wird.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Mittwoch den 5. Juni, abends 9 Uhr: Vereins-Verammlung im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37.

Bezirk Frankfurt a. M. Der Gießer Louis Hornejus aus Meidnitz-Leipzig, die Gießer Wilh. Neumann aus Wiesbaden und Heinr. Franke aus Lipperts, welche ohne Buch von hier abreißen, werden ersucht, daselbe innerhalb acht Tagen einzulösen, widrigenfalls Ausschlußantrag gestellt wird. Ebenso werden der Gießer Ernst Bach aus Frankfurt a. M. sowie der Drucker Leonhard Knippel aus Jfenburg ersucht, sich schnellstens mit dem Kassierer G. Fefel, Sandweg 113, in Verbindung zu setzen.

Bezirk Weignitz. Der Drucker Burzinski, in Gahnau konditionierend, wurde wegen Resten und tarif-widrigen Verhaltens ausgeschlossen.

Emmendingen i. Bd. In der kürzlich abgehaltenen Verammlung wurde der Vorsitzende F. C. Loman, Lammstr. 184 und der Kassierer Jos. Zeller, Lammstr. 204, wiedergewählt. An Stelle des scheidenden Bibliothekars und Schriftführers Rippe wurde Kollege Uhl gewählt.

Heidelberg. Der Drucker Rud. Lautenschläger aus München (Württemberg 1374) wird wiederholt an seinen hier erhaltenen Vorlauf von 2 Mk. erinnert. Sollte sich derselbe noch auf der Reise befinden, so wollen die Herren Reisekasseverwalter ihm gefälligst obigen Betrag abziehen und portofrei an K. Schneider, Lehrgasse 2, einbringen.

Zweibrücken (Pfalz). Die Buchdruckerei Keiselt ist für Verbandsmitglieder gesperrt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen die Gießer 1. Johann Wamper, geb. in Aachen 1882, ausgel. das. 1900; 2. Adam Schoenen, geb. in Aachen 1879, ausgel. das. 1897; waren noch nicht Mitglieder. — In Eschweiler der Schweizerdegen Karl Clermont, geb. in Eschweiler 1880, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Andr. Wilms in Aachen, Adalbertstraße 55.

In Darmstadt die Drucker 1. Karl Kaiser, geb. in Arheilgen 1883, ausgel. in Darmstadt 1901; 2. Philipp Ganß, geb. in Darmstadt 1882, ausgel. das. 1901 die Gießer 3. Friedrich Rühl, geb. in Darmstadt 1882, ausgel. das. 1901; 4. Karl Störmer, geb. in Darmstadt 1882, ausgel. das. 1900; 5. Walter Weitz, geb. in Mannheim 1881, ausgel. in Darmstadt 1900; waren noch nicht Mitglieder. — F. Hilbebeutel, Arheilgerstr. 58.

In Jena der Gießer Max Lange, geb. in Waldenburg 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Adolf Wolf, Postblatt.

In Zweibrücken der Drucker Friß Strottnier, geb. in Kaiserslautern 1884, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Fr. Stadelroth in Birmasens, Friedhofstraße 8.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Braunschweig. Die Herren Reisekasseverwalter werden ersucht, dem Gießer Heinrich Bais aus Soest (1249 Hannover) 3,20 Mk. abzugeben und portofrei nach hier einzusenden.

Tarif-Amt für Deutschlands Buchdrucker.

Telegraphische Adressen: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schläss. Berlin SW, Friedrichstraße 239.

Bekanntmachung.

Wegen Nichtumsetzung der tariflichen Bestimmungen wurden aus dem Verzeichnisse der tarifanerkennenden Firmen gestrichen:

Aug. Meyer in Blankenburg (Schwarzb.-Rudolfsstadt), Fr. Rode (Zmh. S. Hohmann) in Halle a. S. (VI. Kreis); Ernst Krüger in Berlin (VIII. Kreis).

Berlin, 30. Mai 1901.

Og. B. Büngenstein, L. S. Giesecke, Vorsitzende.

Zwangsversteigerung.

Auf Antrag der Firma Weisenbach, Riffarth & Co. in Schöneberg-Berlin, als Gläubigerin, werde ich am 3. Juni c., nachm. 3 Uhr, auf dem Grundstücke derselben in Schöneberg bei Berlin, Hauptstraße 8, 32 Lithographiersteine mit den Originallithographien der Bilder: „Florentiner Märchen, die neueren Engländer“ (die zwölf musizierenden Engel des Fra Beato und Panorama von Florenz nach Aquarellen von Minardi) sowie sämtliche Verlags- und Urheberrechte dieser Bilder öffentlich versteigern.

Berlin, den 23. Mai 1901. [737]

Der Gerichtsvollzieher.

Schulze, Urbanstr. 6.

Achtung! Großkapitalisten

bietet sich in industriereicher Stadt Sachsens günstige Gelegenheit zur Gründung eines Zeitungsunternehmens. Konturrenzverhältnisse sehr günstig. Interessenten wollen Offerten unter Chiffre 759 an die Geschäftsstelle d. Bl. gelangen lassen, worauf näheres erfolgt.

Günstiger Gelegenheitskauf!

Accidenz- und Zeitungsdruckerei m. Verlag ist umfänglich sofort bis 15. Juni für 12000 Mk. zu verkaufen. Viele Magistrats-, Reichshaus- u. Privatarbeiten, sicherer Gewinn. W. Off. u. Nr. 762 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ein tüchtiger

Accidenzseker

welcher mit der modernen Satzweise vertraut ist, kann sofort dauernde Kondition erhalten. Angabe von Alter und Gehaltsansprüchen erbeten. [758]

C. Forgers Druckerei, Offenbach a. M.

Tüchtiger Maschinenmeister

im Illustrations-, Präge- u. Stanzdrucke auf der Viktorias-Biegedruckpresse bewandert, für Rumänien gesucht. Werte Offerten unter Nr. 700 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Ein

Schriftgießer

der mit der Küstermannschen Kompletmaschine vertraut ist und auch justieren kann, findet sofort dauernde u. lohnende Kondition in der Schriftgießerei Gutenberg, Riga (Rußland). In den Offerten wird gebeten, nebst Gehaltsansprüchen auch die bisherige Thätigkeit sowie das Alter anzugeben. [741]

Tüchtiger Linotypseker

sucht bald. Stell. Werte Off. an J. Demiere, Rüttenstraße d. Offenb. M. Witteringstr. 47, erb

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Sonnabend den 22. Juni:

Johannis-Fest

in der Neuen Welt, Haienstraße. — Anfang 4 Uhr. — Eintrittspreis 30 Pf.

Einladungskarten sind auf der Verwaltung und bei den Kassaboten zu haben. Die geehrten Kollegen werden ersucht die Karten vorher zu entnehmen, da Tageskasse nicht stattfindet.

Schriftgießer!

Mit allen in der Schriftgießerei und Neben-zweigen vertrauter Schriftgießer, selbständiger Arbeiter für dauernde Kondition gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter H. O. T. 764 befördert die Geschäftsst. d. Bl.

Strebsamer Schriftseker

sucht zum 10. Juni event. später dauernde Kondition. Werte Offerten erbeten an M. Bernhardt, Breslau V, Therenstraße 7, I.

Junger Maschinenmeister

in ungezügelter Stellung, mit der Schnell- und Siegedruckpresse sowie dem Gasmotor vertraut. Sucht behufs weiterer Auszubildung arbeitsfähige Kondition. Absentend bevorzugt. Werte Offerten mit Lohnangabe erbeten unter K. J. hauptpostl. Hildesheim. [756]

Graph. Verlagsanstalt, Halle-Saale
(H. Goldschmidt), Goethestraße 11.



Humoristische Buchdrucker-Postkarten.

Serie I (Nr. 1 bis 6)
II " 7 " 12)
III " 13 " 18)
IV " 19 " 24)

à Serie 25, Porto 5 Pf.
für Berlin u. Vororte d. d. Firma: Hans Sellig, Kommandantenstr. 70.

Johannisfest-Postkarten für jeden Verein

bietet unser Gutenbergbund. (Gegen Vor-zensendung von 1 Mk. zum Vorzugspreise für diesen Zweck.) Die darin befindlichen Gutenberg-Autotypen eignen sich vor-züglich zu Postkarten, die wir mit jedem ge-wünschten Bilde und Texte zu folgenden billigen Preisen fr. gegen Voreinsendung des Betrages liefern: 100 = 7 Mk., 250 = 12 Mk., 500 = 14 Mk., 1000 = 22 Mk., 2000 = 38 Mk. Lieferfrist 8 Tage.

Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt
Halle a. S., Goethestraße 11. [749]

Die luft'gen Typographen

Complet für 2 bis 6 Personen und
Als wir noch klein
Solo-Complet in sächs. Mundart vom Verf. in allen Kreisen mit größtem Erfolge vor-getragen. Probe-Exemplar 75 Pf., weitere 5 Exempl. zu Rollen 1,50 Mk. [755]
Woldemar Klette, Cöthen, Reustadt 25.

Gutenberg-Haus Franz Franke
Berlin-Schöneberg.
Mechan. Werkstatt. • Maschinenbau.
Schriften, Messinglinien, Utensilien.
Buchdruckerei-Einrichtungen.
Prospekte gratis und franko.

Typographia 1896. Frankfurt a. M.

Unser diesjähriger
Sommer-Ausflug
findet Sonntag den 9. Juni über Bahh. Alzenau, Johannisberg nach Achaffenburg statt. Abfahrt morgens 5 Uhr 35 Min. (S-Bahn-hof), Sonntagabends Achaffenburg 1,70 Mk. Hierzu ladet die Kollegen nebst wertem Mit-gebrachten freundl. ein **Der Vorstand.** [753]

Am 30. Mai verschied nach langem schweren Lungenleiden unser Kollege, der Setzer
Richard Rieger
im Alter von 37 Jahren.
Er war vielen von uns ein lieber Freund und hat sich dadurch ein dauerndes An-denken gesichert. [760]
Berlin, den 31. Mai 1901.
Die Kollegenschaft der Buchdruckerei Julius Sittenfeld.

Am 18. Mai d. J. starb nach langem schweren Leiden an Gehirnentzündung unser lieber Kollege, der Setzer [763]
Heinrich Dunke
aus Welschneureuth im Alter von 30 Jahren. Sein bescheidenes, kollegiales Verhalten sichert ihm stets ein ehrendes Andenken.
Karlsruhe, 28. Mai 1901.
Die Kollegen der Macklotischen Druckerei.

Mittwoch, nachmittags, verstarb nach langem Siechtume unser lieber Kollege und braves Mitglied
Hermann Gantze
im Alter von 36 Jahren. Wir werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken be-wahren. [762]
Magdeburg, den 30. Mai 1901.
Ortsverein Magdeburg, V. d. D. B.

Mittwoch den 29. Mai verschied nach kurzem schweren Krankenlager unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Hermann Gantze
aus Magdeburg, im 36. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Pannaschen Buchdruckerei, Magdeburg. [760]

Nachruf!
Am 20. Mai verstarb nach langem Krankenlager und schweren Leiden unser Mitglied, der Schriftgießer
Alois Leonhardt
im Alter von 30 Jahren.
Sein Andenken wird stets in Ehren halten [751]
Offenbach a. M., den 23. Mai 1901.
Der Bezirksvorstand Offenbach a. M.

Richard Härtel, Leipzig-N.
Buchhandlung und Antiquariat.
Hierbei Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Stil und Ornament im Accidenzsaße. Von Heinr. Hoffmeister, 1 Mk.
Der französische Werksch. 30 Pf.